

Nr.46

September
III/2009

DIE LINKE.

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei DIE LINKE.



Katrin Lompscher

Es geht nicht ohne Verbote. Bis zum Herbst ein besonders weitreichendes Klimaschutzgesetz

Björn Schering

**Atom-Stopp. Konzept zur Stilllegung der 17 Atomkraftwerke
in Deutschland innerhalb der 17. Wahlperiode**

Bruno Kern

**Ökokapitalistische Illusionen. Energiewende zwischen infantilen
Fantasien und Ernüchterung**

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, die Wahlen sind vorbei, und die Linkspartei ist im Bund gestärkt daraus hervorgegangen. Aber auch die Ergebnisse der Wahlen zu den Landesparlamenten, die im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl stattfanden, zeigen die Etablierung der Linkspartei in der politischen Landschaft.

Eine entscheidende Ursache dafür – neben einem unermüdlichen Wahlkampf – dürfte das konsequente Festhalten am sozialen Profil, die Einforderung menschenwürdiger sozialer Grundbedingungen für alle Bürger sein, aber auch die Tatsache, dass das Wahlprogramm von ökologischen Themen stärker durchzogen war. (Im Heft werden die wesentlichen Aussagen zu Umweltaspekten dokumentiert.) Sicher haben aber auch die schwache „soziale“ Ausprägung der SPD und die momentane Krisensituation in unterschiedlichen Anteilen dazu beigetragen.

Die ökologische Plattform hat sich im Wahlkampf entsprechend ihrer Möglichkeiten eingebracht. Vor allem die vielen bereitgestellten Flugblätter mit Argumentationen und Stellungnahmen zu ökologischen Themen fanden viel Resonanz innerhalb der Parteibasis und auch Aufmerksamkeit bei der Information von uns nicht so nahestehenden Wählergruppen.

Zusätzlich zu den schon in der letzten Tarantel aufgelisteten Flyern wurde im Vorfeld der Wahl noch weitere veröffentlicht (siehe unten). Und auf der Tagung des KoRats, die wegen der Bundestagswahl nicht wie gewohnt im September stattfand – weshalb diesmal auch noch kein Bericht davon im Heft zu finden ist – wollen wir noch zwei weitere Flugblätter zu Grundpositionen abschließend diskutieren. Wir werden auch zukünftig weitere Flyer fertigstellen, um die Palette der ökologischen Themen vollständiger abdecken zu können.

Wenn bei der nächsten Bundestagswahl 2013 die schwarz-gelbe Koalition abgelöst werden soll, bedarf es vor allem einer Rückkehr der SPD zu ihren sozialdemokratischen Wurzeln. Um auch dann wieder einen hohen oder möglichst noch höheren Anteil der Wähler für die LINKE zu gewinnen, muss es gelingen, sich vor allem auf den ökologischen und wirtschaftlichen Feldern noch stärker in Szene zu setzen, damit die Wähler die LINKEN als die Partei wahrnehmen, die dem Anspruch der Ökologischen Plattform gerecht wird: Nämlich das Alleinstellungsmerkmal gegenüber der SPD und dem Bündnis '90/Die Grünen hinsichtlich einer gleichberechtigten, gebührenden Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Sozialem und Ökonomie.

Deshalb wird die ÖPF auch in den nächsten Jahren die ökologische Komponente in der Parteipolitik zu stärken versuchen und weiterhin aktiv an der Ausarbeitung des zukünftigen Parteiprogramms mitarbeiten. Und es ist nach Wegen zu suchen, wie die Kräfte der zwei bundesweiten AG, die sich mit ökologischen Themen beschäftigen – neben der ÖPF

die BAG Umwelt – Energie – Verkehr – optimal für die Durchsetzung ökologischer Grundsätze innerhalb der Linkspartei genutzt werden können.

Vielleicht hält die FDP wenigstens an ihrem Wahlversprechen fest, den Innenminister in seinen zweifelhaften, übersteigerten Sicherheitsambitionen zu bremsen und einzuschränken, denn auf den sozialen und umweltrelevanten Politikfeldern wird die Koalition voraussichtlich mit Ab- bzw. Raubbau „glänzen“. Die Weltwirtschafts- und –finanzkrise, der die herrschende Politik Vorschub geleistet hat, wird als Begründung dafür herhalten, damit wieder die „kleinen Leute“ zur Kasse gebeten werden können und die Umverteilung zu Ungunsten der sozial Schwachen und das „Wachstum“ zum Schaden der Umwelt weitergehen können. Eine starke parlamentarische und außerparlamentarische Opposition ist darum unverzichtbar.

So ist von der neuen Regierungskoalition z. B. hinsichtlich des Ausstiegs aus der Atomenergie nichts Gutes zu erwarten. Deshalb müssen die Proteste und Demos, die ja im Vorfeld der Bundestagswahl mit dem Anti-Atom-Treck und der Abschlussdemo am 5. September in Berlin nachdrücklich die Meinung der Bevölkerung für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie manifestierten, weitergehen. Eine Verlängerung der Laufzeiten darf es nicht geben! Und das der Ausstieg kurzfristig möglich ist, zeigt das im Heft veröffentlichte „Konzept zur Stilllegung der 17 Atomkraftwerke in Deutschland innerhalb der 17. Wahlperiode“.

Also gehen wir zur politischen Tagesarbeit über. Wir werden weiterhin kritisch und konstruktiv innerhalb der Linkspartei wirken.

Die Redaktion

Themen neuer Falblätter

- Atom-Gau! **Sind wir noch zu retten?**
- Weg mit den Klimakillern, Dreckschleudern und Energieverschwendern. **Kein Neubau von Kohlekraftwerken**
- **Mobilfunk – ein Fluch oder Segen?** Gesundheitsgefahr drahtloser Mikrowellentechnologie
- **Raumheizung klimaneutral gestalten.** Import fossiler Energieträger verringern
- **Bundesregierung subventioniert Naturzerstörung mit jährlich 41 Milliarden €**

Abbildung auf der Titelseite

Schnappschuss von der Anti-Atom-Demonstration am 05.09.2009 in Berlin von Gesine Franke

ENERGIE UND KLIMA

Atom-Stopp. Konzept zur Stilllegung der 17 Atomkraftwerke in Deutschland innerhalb der 17. Wahlperiode

Björn Schering

Zusammenfassung

DIE LINKE will die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland durchsetzen. Dazu kann die Bundesrepublik innerhalb der nächsten Wahlperiode vollständig aus der Atomenergie aussteigen. Die Pannan-Meiler Krümmel und Brunsbüttel sollen nicht wieder ans Netz gehen. Bereits 2010 können die dann sechs ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke stillgelegt werden. Ab 2011 folgen jährlich drei weitere Anlagen. Damit ist ein Wiedereinstieg in die Risikotechnik nach 2013 ausgeschlossen. Gleichzeitig können in den nächsten vier Jahren bis zu 120 000 neue Energie-Arbeitsplätze geschaffen und die gesteckten Klimaschutzziele erreicht werden. Eine stabile Versorgung mit elektrischer Energie zu bezahlbaren Preisen ist dabei gewährleistet. Der Atomkonsens ist durch ein Atom-Ausstiegsgesetz zu ersetzen. Bis zur Abschaltung soll der Betrieb der Atomkraftwerke unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Den Energiekonzernen wird mit dem unverzüglichen Atomausstieg Gelegenheit gegeben, die Energiewende aktiv mitzugestalten. Im Zweifel werden die Anlagen jedoch zur Erfüllung der öffentlichen Interessen enteignet. Das ist nach Art. 14 Grundgesetz verfassungsgemäß, da Allgemeinwohlbelange im Vordergrund stehen. Entschädigungszahlungen erfolgen nicht.

Die Gefahren beim Betrieb von Atomkraftwerken sowie beim Transport und der Endlagerung des Atommülls sind unkalkulierbar. Die Atommeiler entsprechen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik und sind völlig unzureichend gegen Einwirkungen von außen geschützt. Ein scheinbar sicherer Betrieb kann von RWE, EON, Vattenfall Europe und EnBW nur durch das Vertuschen und Herunterspielen von Gefahren vorgetäuscht werden. Die skandalösen Vorgänge im AKW Krümmel und im Salzstock Asse, der von der Atomwirtschaft illegal als Atomlager missbraucht wurde, zeigen die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen.

Trotz schneller Reaktorabschaltung kann der Inlandsbedarf an Strom zu jeder Zeit gedeckt werden. Um das Erreichen der Effizienzziele sicherzustellen, soll ein Energieeffizienzgesetz zügig verabschiedet werden. Gleichzeitig ist eine Minderung des CO₂-Ausstoßes bei der Stromerzeugung um 50 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990

erreichbar. Dazu wird der kohlebefeuerte Kraftwerkspark deutlich zurückgedrängt. Eine Verschärfung des Bundesemissionsschutzgesetzes soll sicherstellen, dass besonders ineffiziente und klimaschädliche Kohlekraftwerke vorzeitig abgeschaltet werden. Beim künftigen Mehreinsatz von Erdgas in Kraftwerken sinkt dennoch der Gesamtverbrauch in Deutschland. Das gelingt durch Energieeinsparung im Wärmebereich. Der Anteil erneuerbarer Energien kann bis 2020 rund 50 Prozent erreichen. Flankiert wird die Entwicklung durch Ergänzungsgesetze für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, eine wirksamere Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes und die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms.

Atomenergie ist unbeherrschbar

Die Häufung von Störfällen und Pannen in deutschen Atomkraftwerken macht deutlich: Die Nutzung der Atomenergie zur Stromgewinnung ist mit unbeherrschbaren Risiken behaftet. Deutsche Reaktoren gehören nicht, wie die Energiekonzerne gern behaupten, zu den sichersten und modernsten der Welt. Vielmehr sind die Atommeiler technisch veraltet und die Betriebsführung ist fehlerbehaftet. Sie entsprechen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik und sind völlig unzureichend gegen Einwirkungen von außen geschützt. Ein scheinbar sicherer Betrieb kann von RWE, EON, Vattenfall Europe und EnBW nur durch das Vertuschen und Herunterspielen von Gefahren vorgetäuscht werden. Jeder weitere Tag, den ein deutscher Atommeiler läuft, erhöht die Gefahr des Austritts von Radioaktivität bis hin zur Kernschmelze - mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt. DIE LINKE will deshalb die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomkraftwerke in Deutschland durchsetzen.

Grund für den Weiterbetrieb ist der enorme Profit, den die Konzerne mit den abgeschriebenen Altanlagen einfahren. Jedes Jahr, das die 17 Reaktoren am Netz bleiben, bedeutet ein Zusatzgewinn von mindestens sieben Milliarden Euro. Jedes weitere Atomstromjahr bedeutet auch: Die Energieversorger sichern ihre kartellartige Stellung auf dem Strommarkt. Und: Erzeugung und Netze bleiben behäbig, unflexibel und störanfällig. Der Ausbau einer dezentralen Versorgung, basierend auf effizienten und erneuerbaren Energietechniken, wird ausgebremst. Deshalb gilt: Wo Profite Einzelner derart vor die gesellschaftliche Verantwortung gestellt werden, muss der Staat die Notbremse ziehen.

Auch die Frage der Entsorgung des anfallenden Strahlenmülls ist nach wie vor völlig ungeklärt. Der Standort Gorleben ist zur Endlagerung von Brennstäben, die über Hunderttausende von Jahren strahlen, nicht geeignet. Die skandalösen Vorgänge im Salzstock Asse, der von der Atomwirtschaft

illegal als Atomlager missbraucht wurde, zeigen die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen. Bisher ist nicht einmal ein ergebnisoffenes Verfahren zur Aufsuchung eines Endlagers unter Einbeziehung der Öffentlichkeit eingeleitet worden. Derweil tickt in oberirdischen Zwischenlagern eine täglich wachsende nukleare Fracht als Zeitbombe. Auch hier gilt: Nur ein unverzüglicher Atomausstieg verringert die Gefahr.

Beschäftigungspolitisch ist das Festhalten an der uranbefeuerten Stromerzeugung ein Desaster. In der herkömmlichen Energiewirtschaft ist die Zahl der Arbeitsplätze seit 1998 - dem Jahr der Strommarkt-Liberalisierung – um ein Drittel eingebrochen. Das ist ein Rückgang um 106 000 Stellen. Allein im Stromsektor ist innerhalb von zehn Jahren ein Beschäftigungsrückgang um fast 25 Prozent zu verzeichnen, obwohl die Stromerzeugung im gleichen Zeitraum um 15 Prozent zulegen [BMWi 2009]. Dem gegenüber schafft die Branche der erneuerbaren Energien jährlich 30 000 neue Stellen. Bereits jetzt arbeiten in dem schnell wachsenden Wirtschaftszweig 280 000 Menschen [BMU 2009]. Bis 2020 können noch einmal 300 000 hinzukommen - sofern die Zukunftsenergien nicht politisch ausgebremst werden. Je schneller wir aus der Risikotechnologie Atomkraft aussteigen, desto eher entstehen zukunftssichere Arbeitsplätze.

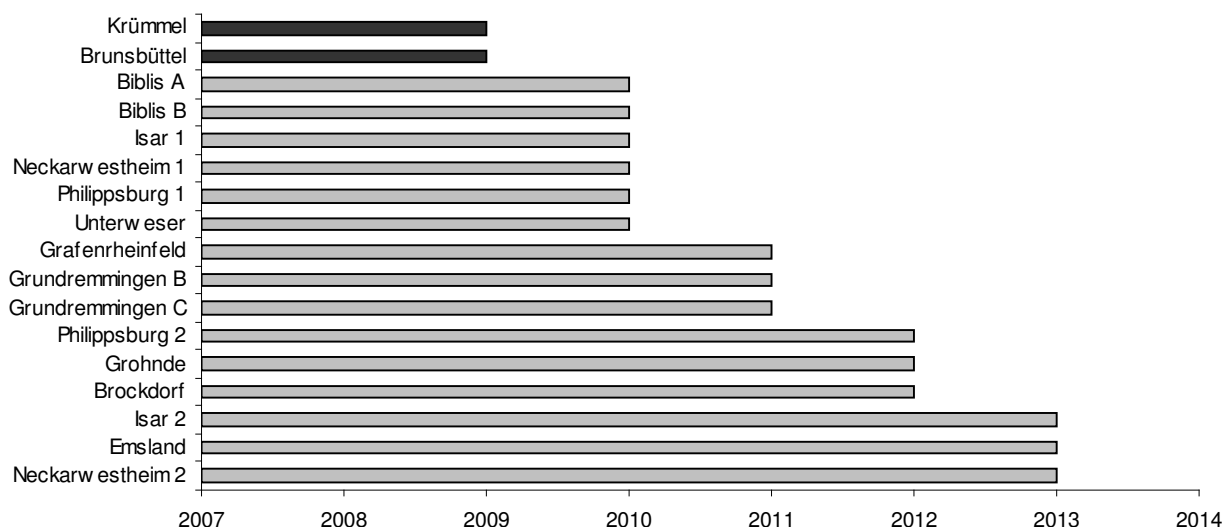
Atomausstieg unverzüglich durchsetzen

Deutschland kann innerhalb der nächsten Wahlperiode vollständig aus der Atomenergie aussteigen. Die Pannen-Meiler Krümmel und Brunsbüttel sollen nicht wieder ans Netz gehen. Bereits 2010 können die dann sechs ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke stillgelegt werden. Ab 2011 folgen jährlich drei weitere Anlagen. Damit ist ein Wiedereinstieg in die Risikotechnik nach 2013 ausgeschlossen. Gleichzeitig können in den nächsten vier Jahren bis zu 120 000 neue Energie-Arbeitsplätze ge-

schaffen und die gesteckten Klimaschutzziele erreicht werden.

Die bisherige Vereinbarung zum Ausstieg aus der Atomenergie, der so genannte Atomkonsens, ist bereits jetzt von den Energiekonzernen einseitig gebrochen worden. Die Abschaltung der ältesten und gefährlichsten Atommeiler wurde bereits um zwei Jahre verzögert. Offen fordern die Atom-Bosse eine Verdoppelung der Laufzeiten auf 60 Jahre und damit eine Aufkündigung des bestehenden Vertrags. Das jetzige Atomgesetz muss daher durch ein Atom-Ausstiegsgesetz ersetzt werden. Bis zur Abschaltung ist der Betrieb der Atomkraftwerke unter staatliche Kontrolle zu stellen. Die Ausstiegskosten sind vollständig den privatwirtschaftlichen Betreibern anzuhaften. Den Energiekonzernen wird mit dem unverzüglichen Atomausstieg Gelegenheit gegeben, die Energiewende aktiv mit zu gestalten. Im Zweifel werden die Anlagen jedoch zur Erfüllung der öffentlichen Interessen teilweise oder vollständig enteignet. Die Enteignung nach Art. 14 Grundgesetz ist verfassungsgemäß, da Allgemeinwohlbelange im Vordergrund stehen [Starck 2005]. Entschädigungen müssen nicht gezahlt werden, da die Atomanlagen im Wesentlichen nur durch staatliches Zutun, wie massive Subventionen und marktverzerrende Vorrangregelungen, errichtet werden konnten. Darüber hinaus verursacht die privatwirtschaftliche Atomenergienutzung auch in die Zukunft gerichtet noch erhebliche gesellschaftliche Kosten.

Die Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland kann zügig und geregelt erfolgen. Zunächst ist sicherzustellen, dass der Pannen-Reaktor Krümmel nicht wieder in Betrieb geht. Die Anlage liefert schon seit Mitte 2007 keinen Strom mehr und ist für die Energieversorgung ohne Bedeutung. Auch das für Dezember 2009 geplante Wiederanfahren von Brunsbüttel soll untersagt werden. Im April 2010 werden die Atommeiler Neckarwestheim und Biblis A vereinbarungsgemäß vom Netz genommen. Es folgen in der zweiten Jahreshälfte Isar 1, Philipps-



Grafik 1: Abschalt-Reihenfolge deutscher Atomkraftwerke in der 17. Wahlperiode

Tabelle 1: AKW-Stilllegung in der 17. Wahlperiode nach Strommengen (TWh)

Atomanlagen	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Krümmler	5,689	0,000	0,000					Schritt 0
Brunsbüttel	2,601	0,000	0,000	0,000				
Neckarwestheim 1	5,187	4,188	5,187	2,206				Schritt 1
Biblis A	0,000	8,961	4,022	3,218				
Biblis B	0,935	10,975	4,268	9,390				
Isar 1	7,041	7,885	7,885	3,548				
Philippsburg 1	7,277	6,423	7,277	3,648				
Unterweser	9,530	9,775	9,775	5,555				
Grafenrheinfeld	10,901	10,331	10,901	10,901	8,175			Schritt 2
Grundremmingen B	11,053	10,165	11,053	11,053	8,290			
Grundremmingen C	10,353	10,417	10,417	10,417	7,813			
Philippsburg 2	11,777	11,430	11,777	11,777	11,777	8,833		Schritt 3
Grohnde	11,460	11,170	11,460	11,460	11,460	8,595		
Brockdorf	12,013	12,042	12,042	12,042	12,042	9,032		
Isar 2	12,009	12,093	12,093	12,093	12,093	12,093	9,070	Schritt 4
Emsland	11,594	11,491	11,594	11,594	11,594	11,594	8,696	
Neckarwestheim 2	11,114	11,432	11,432	11,432	11,432	11,432	8,574	
SUMME	140,534	148,778	141,183	130,334	94,676	61,579	26,340	

burg 1, Unterweser und Biblis B. In den Folgejahren werden die übrigen Anlagen in Dreiergruppen stufenweise abgeschaltet. 2011: Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C; 2012: Philippsburg 2, Grohnde, Brockdorf und schließlich 2013: Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Die Anlagen erreichen im jeweiligen Abschaltjahr noch höchstens drei Viertel der Jahresleistung.

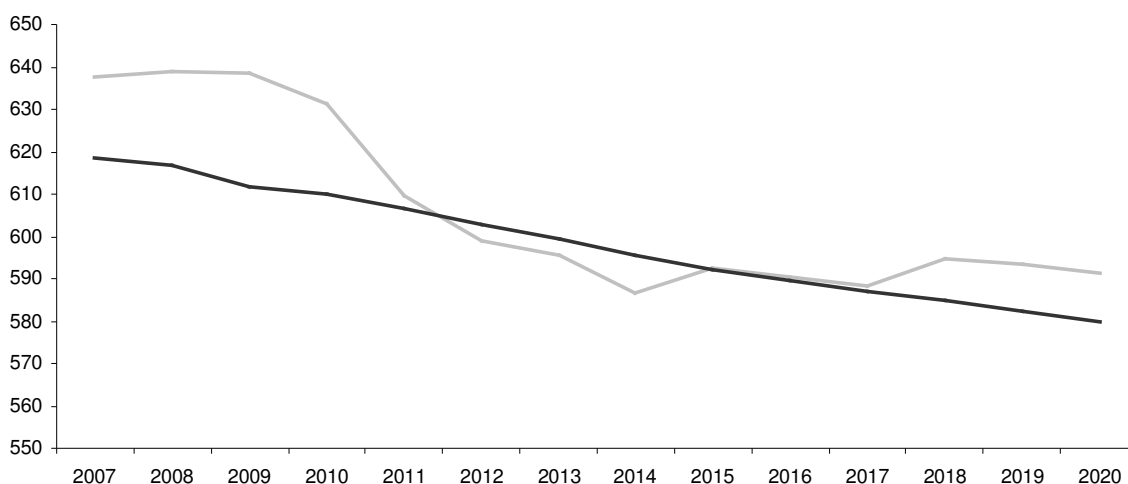
Trotz schneller Reaktorabschaltung kann der Inlandsbedarf an Strom zu jeder Zeit gedeckt werden. Im Jahr 2008 stellte der deutsche Kraftwerks-park 639 Terrawattstunden (TWh) bzw. Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie bereit. Abzüglich der erheblichen Exporte von 23 TWh verblieb hierzulande ein Erzeugungsbedarf von 616 TWh [BMWi 2009]. Derzeit sinkt die Stromnachfrage aufgrund der Konjunkturflaute. Für die kommenden Jahre soll eine zunehmende Stromnachfrage durch Verbesserungen bei der Energieeffizienz aufgefangen werden. Der unverzügliche Atomausstieg kann in den Jahren 2012 bis 2014 einen vorübergehend geringen Stromimport erforderlich machen. Dieser liegt dann aber deutlich unter den derzeit erheblichen Überschüssen, die die deutsche Energiewirt-

schaft ins Ausland abgibt. Durch rechtzeitig vereinbarte Strommengenverträge kann der Bedarf jederzeit sichergestellt werden.

Indem Energie künftig klüger genutzt wird, sinkt der tatsächliche Strombedarf bis 2020 um rund 30 TWh [BMU 2008]. Die Wirtschaftsleistung je erforderlicher Kilowattstunde nimmt also zu. Um das Erreichen der Effizienzziele sicherzustellen, soll ein Energieeffizienzgesetz zügig verabschiedet werden. Es muss Hersteller verpflichten, nur die effizientesten Geräten und Maschinen auf den Markt zu bringen und laufend Verbesserungen zu erzielen. Die Industrie muss als Gegenleistung für Entlastungen bei der Energiesteuer den Stromverbrauch erheblich senken. Für Verbraucherinnen und Verbraucher soll sich Energiesparen deutlicher lohnen.

Die Herausforderung besteht darin, innerhalb von vier Jahren rund 140 TWh risikobehafteten Atomstrom oder 23 Prozent der Erzeugungsmenge durch nachhaltige Energiequellen zu ersetzen. Das Konzept zum unverzüglichen Atomausstieg sieht gleichzeitig eine Minderung des Klimagasausstoßes bei der Stromerzeugung um 50 Prozent bis

Grafik 2: Bruttostromerzeugung und inländischer Erzeugungsbedarf bis 2020 in GWh



2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 vor. Dazu muss der kohlebefeuerte Kraftwerkspark deutlich zurückgedrängt werden. Im Bereich der Braunkohle fordert DIE LINKE, dass keine neuen Tagebaue in Betrieb gehen und Umsiedlungen ausgeschlossen werden [FFU 2008]. Die verbleibenden Kohlemengen führen zu einem Auslaufen der bestehenden Kraftwerke bis 2050. Dadurch erfolgen ein gleichmäßiger Rückgang der Braunkohleverstromung ohne soziale Härten und ein geregelter Übergang zu effizienten und erneuerbaren Energieträgern.

Im Bereich der Steinkohleverstromung ist ein Zubauverbot nach 2012 erforderlich, um ein Erreichen der Klimaschutzziele sicherzustellen. Der bestehende Kraftwerkspark geht demnach ebenfalls bis 2050 kontinuierlich auf Null. Dabei müssen noch einige bereits genehmigte und in Bau befindliche Anlagen berücksichtigt werden [BDEW 2009]. Eine Verschärfung des Bundesemissionsschutzgesetzes (BlmSchG) soll jedoch sicherstellen, dass besonders ineffiziente und klimaschädliche Kohlekraftwerke auch vorzeitig abgeschaltet werden können. Insgesamt halbiert sich der Anteil von Kohlestrom im elektrischen Energiemix bis 2020 auf knapp ein Viertel.

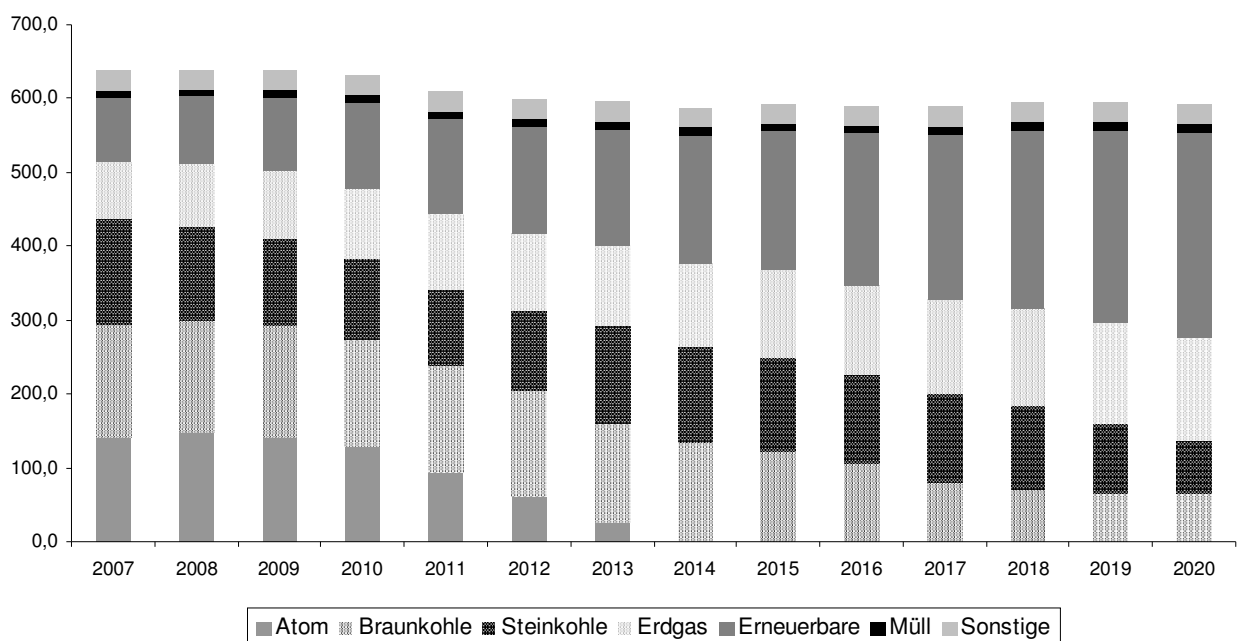
Der konsequente Rückbau des fossil-atomaren Kraftwerksparks erfordert einen schnellen Ausbau hocheffizienter Erdgas-Kraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen, und erneuerbarer Energien. Beim künftigen Mehreinsatz von Erdgas in Kraftwerken sinkt dennoch der Gesamtverbrauch in Deutschland. Das gelingt durch Energieeinsparungen im Wärmebereich. Allein die bestehenden gesetzlichen Rahmen reichen dabei aus, um mittels Gebäudedämmung, verbesserter Heiztechnik und den Einsatz von erneuerbaren Energien im Wärmebereich den erdgasbefeierten Kraftwerkspark um 50 Prozent zu vergrößern [Scholz 2009].

Erdgas liefert dann im Jahr 2020 knapp ein Viertel des erforderlichen Stroms. Beim gezielten Ausbau der Fernwärme werden weitere Einzelheizungen in Privathaushalten und Gewerbebetrieben ersetzt und der Erdgasbedarf geht deutlich unter das heutige Niveau zurück. Dabei überwiegen die Kostenvorteile durch Energieeinsparungen gegenüber den erforderlichen Investitionen um 20 Prozent.

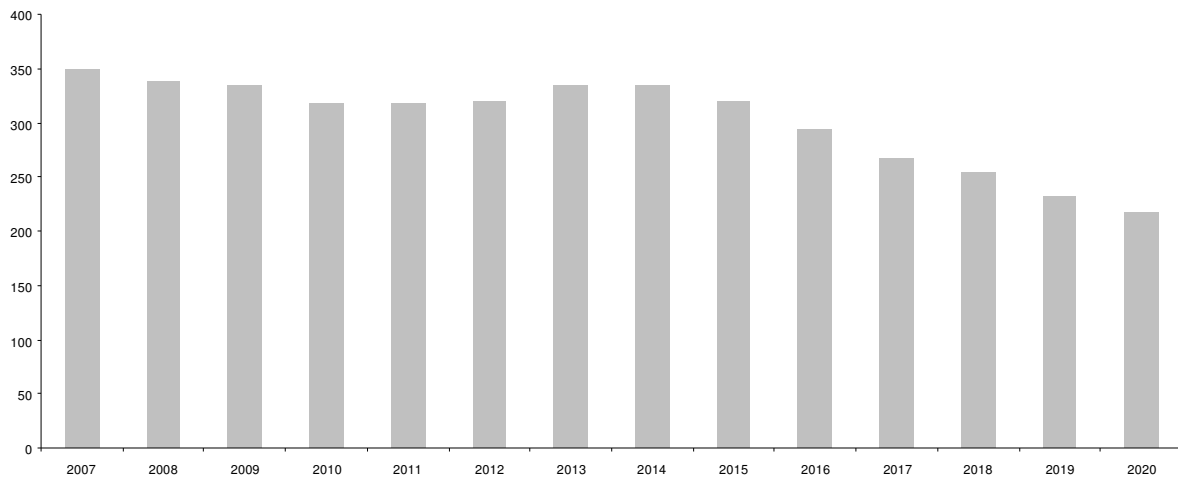
Zur Sicherstellung dieser Entwicklung soll u. a. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) auf den Gebäudebestand ausgeweitet und mit höheren Pflichtzielen versehen werden. Auch die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ist sinnvoll. Zum schnellen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist ein KWK-Ergänzungsgesetz auf den Weg zu bringen, um Hemmnisse in der bisherigen Förderpolitik abzubauen.

Das Wachstum der erneuerbaren Energien wird maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der Branche und von den politischen Rahmenbedingungen bestimmt. Eine Begrenzung der Ausbauleistung, wie es CDU/CSU und FDP vorsehen, ist deshalb eine klare Richtungsbestimmung gegen Innovation und Beschäftigung im Energiesektor. Aktuelle Gutachten belegen, dass der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland deutlich schneller wächst als von allen bisherigen Prognosen vorhergesagt. Bereits 2020 kann das breite Angebot von Wind, Wasser, Solarenergie, Biomasse und Erdwärme fast die Hälfte der erforderlichen Strommenge liefern [BEE/AEE 2009]. Der Anteil kann in zehn Jahren auf 278 TWh oder rund die Hälfte des inländischen Erzeugungsbedarfs steigen. Ein EEG-Ergänzungsgesetz sichert dieses Wachstum ab.

In diesem breit und dezentral aufgestellten Energiemix kann der CO₂-Ausstoß im Stromerzeugungssektor bis 2020 gegenüber 2007 um 40 Pro-



Grafik 3: Bruttostromerzeugung nach Energieträgern bis 2020 in TWh



Grafik 4. Direkter CO₂-Ausstoß in der Stromerzeugung bis 2020 in Tonnen*

zent gesenkt werden. Zuzüglich der bisher geleisteten Emissionsenkungen halbiert sich die Klimagasbelastung damit gegenüber dem Basisjahr 1990. Der derzeitige Zubau großer Kohlekraftwerke führt ab 2012 zunächst zu einem Wiederanstieg des energiebedingten CO₂-Ausstoßes. Hier zeigt sich: Nur eine schnelle Energiewende kann die Verschlechterung bei den Klimagasen wieder auffangen.

Gleichzeitig bleibt die Grundlastfähigkeit der Stromversorgung bestehen. Liefern die 17 Atomkraftwerke in den vergangenen Jahren im Schnitt an 6 740 Stunden im Jahr mit voller Auslastung, beträgt allein der Volllast-Mix aus Windenergie und schnell regelbaren Erdgaskraftwerken 6 800 Stunden im Jahr. Hinzu kommen Biomasse- und Wasserkraftwerke, die durchgängig Grundlast liefern. Pumpwasserspeicher, deren Kapazität derzeit deutlich ausgebaut wird, liefern in Sekundenschnelle Strom, um unerwartete Spitzenlasten zu decken. Hinzu kommt Solarstrom, der sich im Saison- und Tagesrhythmus mit der Windenergie optimal ergänzt.

Der unverzügliche Atomausstieg führt nicht zu einer Stromteuerung. Der Strompreis wird an der Energiebörse durch das jeweils teuerste Kraftwerk bestimmt, das zugeschaltet werden muss, um die tägliche Stromnachfrage zu decken. Billig erzeugter Atom- und Kohlestrom führt also lediglich zu hohen Gewinnen bei den Energiekonzernen. Bereits vor 2020 werden die Strombereitstellungskosten erneuerbarer Energien unter dem dann zu erwartenden Großhandelspreis liegen [BMU 2008]. Darüber hinaus senkt ihr schnell wachsender Anteil die Importnachfrage bei den fossilen Energieträgern, die künftig die eigentlichen Preistreiber darstellen werden. Die konsequente Energiewende bei einem

schnellen Atomausstieg zahlt sich daher für die Verbraucherinnen und Verbraucher aus.

Quellenverzeichnis

- BDEW 2009: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, 60 Kraftwerke bis 2018 geplant – Anlagen ab 20 Megawatt Leistung, Berlin, April 2009.
- BEE/AEE 2009: Bundesverband Erneuerbare Energie/Agentur für Erneuerbare Energien: Strom aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020, Berlin, Januar 2009.
- BMU 2008: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Weiterentwicklung der Ausbaustrategie Erneuerbare Energien – Leitstudie 2008; Berlin, Oktober 2008.
- BMU 2009: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2008, Berlin, April 2009.
- BMW i 2009: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Gesamtausgabe der Energiedaten - Datensammlung des BMW i, Zahlen und Fakten – Energiedaten, www.bmw i.de, Berlin, Februar 2009.
- FFU 2008: Krien, Corbach, Mez: Die Zukunft der Braunkohle in ausgewählten Revieren, Forschungsstelle Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, April 2008.
- Scholz 2009: Gasenergiemarkt in Deutschland im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Berlin, Februar 2009 (noch nicht veröffentlicht).
- Starck 2005: Mangoldt, Klein, Starck (Hsg.): Kommentar zum Grundgesetz, Band 1: Präambel, Artikel 1 bis 19, 5. Auflage, München, 2005

* Die Angaben zu den jährlichen CO₂-Emissionen erfassen den Stromerzeugungssektor in der Energiewirtschaft und weichen daher von den Angaben der Bundesregierung ab [BMW i]

Anhang

Tabelle 2: Bruttostromerzeugung und inländischer Erzeugungsbedarf bis 2020 in GWh

Energieträger	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Atom	140,5	148,8	141,2	130,3	94,7	61,6	26,3
Braunkohle	155,1	150,0	150,0	143,0	143,0	143,0	135,0
Steinkohle	142,0	128,5	120,0	110,0	105,0	109,0	130,0
Erdgas	75,9	83,0	90,6	94,9	99,3	103,7	108,2
Erneuerbare	86,8	93,0	99,5	115,6	129,9	144,2	158,4
Müll	9,0	9,9	10,8	11,0	11,0	11,0	11,0
Sonstige	28,3	25,9	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Bruttostromerzeugung	637,6	639,1	638,6	631,3	609,4	599,0	595,4
Export (- zusätzl. Bedarf)	19,1	22,5	27,0	21,3	3,0	-3,8	-3,8
Erzeugung Inlandsbedarf	618,5	616,6	611,6	610,0	606,4	602,8	599,2
Energieträger	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Atom	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Braunkohle	135,0	122,0	105,0	80,0	70,0	66,0	66,0
Steinkohle	129,0	129,0	121,0	121,0	115,0	95,0	70,0
Erdgas	112,6	117,2	121,6	126,0	130,5	135,0	139,5
Erneuerbare	172,7	187,0	205,3	223,6	241,8	260,1	278,4
Müll	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
Sonstige	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Bruttostromerzeugung	586,8	592,7	590,4	588,1	594,8	593,6	591,4
Export (- zusätzl. Bedarf)	-8,8	0,7	0,8	0,9	10,0	11,2	11,4
Erzeugung Inlandsbedarf	595,6	592,0	589,6	587,2	584,8	582,4	580,0

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
 Hans-Kurt Hill, MdB
 Energiepolitischer Sprecher
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin Telefon 030-22772477
 Telefax 030-22776476
 hans-kurt.hill@bundestag.de
 www.linksfraktion.de/energie
 Stand: Juli 2009

Quelle:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7789372475.pdf>

Björn Schering ist Mitarbeiter im Büro Hans-Kurt Hill.

Ausgestrahlt: Der Anti-Atom-Rundbrief

Marko Ferst

Der Rundbrief „ausgestrahlt“ der Anti-Atom-Bewegung erscheint alle vier Monate. Gerade die nächsten Jahre werden zeigen, ob Laufzeitverlängerungen der Atommeiler überhaupt denkbar werden. Ist der Protest stark und dauerhaft genug, kann keine deutsche Regierung den Ausstieg zeitlich beharrlich länger strecken. Neue Atomkraftwerke sind ohnehin hierzulande nicht durchsetzbar.

Ob Polen das geplante AKW in der Nähe von Szczecin angesichts der Erfahrungen mit dem finnischen Reaktorbau finanzieren kann, ist zumindest offen.

Björn Klusmann, Chef des Bundesverbands Erneuerbarer Energien, verdeutlicht in der aktuellen Ausgabe, dass eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten nur möglich ist, wenn man den Vorrang der erneuerbaren Energien einschränkt. Werden in wenigen Jahren nicht mehr 15 sondern 50 % des Stroms solar erzeugt, würden Grundlastkraftwerke wie AKWs und Kohlekraftwerke nicht mehr benötigt. Erforderlich wären flexible Anlagen und ein verlässlicher Rahmen für den zügigen Ausbau der Erneuerbaren.

Ein Artikel beleuchtet den nuklearen Kolonialismus in Afrika. In Ländern wie Nigeria existieren bis heute keine Strahlenschutzgesetze beim Uranabbau. Viele Arbeiter in Namibia und Gabun wurden krank, haben Krebs oder sind schon verstorben. Millionen Tonnen radioaktives Abfallgestein liegen in Niger ungeschützt in der Natur.

Der Rundbrief informiert darüber, wie die RWE-Werbeagentur gegen ein satirisches Motiv vorging, dadurch aber Anti-Atom-Seiten wie www.ausgestrahlt.de erheblichen Zulauf bescherte. Das Motiv hebt u. a. auf die hohen Strompreise bei RWE ab. Längst ist Strom aus 100 % solaren Energien von Naturstrom, Lichtblick, EWS Schönau u. a. billiger. Man spart bares Geld, wechselt man zum Ökoanbieter. Auch EON ist teuer, Zeit also für das Solarzeitalter im eigenen Haushalt.

Bei der Anti-Atom-Demo am 5. September, für die der Rundbrief offensiv warb, zeigte auch die Linke

ihre Flagge, der Parteivorstand rief zur Teilnahme auf. Die Ökologische Plattform mobilisierte und warb im Vorfeld für regen Teilnahme und präsentierte sich mit einem eigenen Stand bei der Abschlusskundgebung. So trugen auch wir unser Scherflein zum Gelingen der Anti-Atom-Demo bei.

Rundbrief bestellen: ausgestrahlt, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg, info@ausgestahlt.de

Quelle: modifizierte Fassung des Artikels vom 31.08.2009, Neues Deutschland

Operation Desert Storm

Heiko Balsmeyer

Am 13. Juli fand in München das Gründungstreffen der Wüstenstrom-Initiative Desertec statt. Vor allem deutsche Unternehmen hoffen auf das Geschäft mit der Sonne Afrikas. Energiepolitisch dient das Sahara-Projekt jedoch vor allem der Zentralisierung des Solarkraft-Sektors. Die Grünen finden das prima. WUMS! Schon vergessen? Das war der Slogan der Grünen bei der Europa-Wahl, den außer ihnen und ihrer Anhängerschaft wohl kaum jemand verstanden hat. Wums, das steht für „Wirtschaft und Umwelt, menschlich und sozial“. Auf einem Plakat hatte sich die Sonnenblume in ein Zahnrad verwandelt. Wie das in der Realität aussehen kann, zeigt das Projekt Desertec.

Mit hohem ökonomisch-technologischem Aufwand will ein Konsortium von 20 deutschen Firmen unter Führung des größten Rückversicherungskonzerns der Welt, Münchner Rück, in der Wüste Afrikas die Welt retten. Geplant wird die Investition von 400 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050, um auf einer Fläche von 3 600 Quadratkilometern in der afrikanischen Wüste Solarstromanlagen zu errichten. Der erste Strom soll - wenn keine Verzögerungen eintreten - 2020 über ein verlustarmes Hochspannungs-Gleichstromnetz nach Europa und Deutschland fließen. Das Hochspannungs-Gleichstromnetz hat nach Angaben der Planer Verluste von drei Prozent je 1 000 Kilometer, was über die gesamte Strecke einen Verlust von beachtlichen zehn bis 15 Prozent des Solarstroms zur Folge hätte. Torsten Jeworrek, Vorstand der Versicherungsgruppe Münchner Rück, meint, mit dem „Desertec“ getauften Projekt in der letzten Ausbaustufe 2050 etwa 15 Prozent der europäischen Stromversorgung bestreiten zu können.

Am 13. Juli will sich auf Einladung der Münchner Rück die Desertec Industrial Initiative zur Verwirklichung dieses Projekts gründen. Mit dabei sind die üblichen Verdächtigen: Siemens, Deutsche Bank, EON, RWE und andere. Geplant wurde das Projekt von einer illustren Runde aus dem industriellen Club of Rome, dem Hamburger Klimaschutzfonds

sowie dem Jordanischen Nationalen Energieforschungszentrum. Wissenschaftlich weiter ausgearbeitet hat es das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Um sich dem Start des Countdowns zu nähern, haben die Konzerne die Mission Desertec im Juni testweise in die Medien gebracht.

Lenken wir unseren Blick zunächst einmal auf die Technologie, die zur Anwendung kommen soll. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die Konzerne solarthermische Kraftwerke zur Grundlage ihrer Planung machen. Handelt es sich doch um die Technik, die von Anfang an tendenziell großtechnologisch und eng an die konventionelle Energieerzeugung angelehnt war. Solarthermische Kraftwerke bündeln mit Spiegeln das Sonnenlicht, die entstehende Hitze wird von einem Absorbermedium aufgenommen und mit diesem zum konventionellen Teil des Kraftwerks transportiert. Dort wird mit Dampfturbinen Strom erzeugt. Es ist aber auch möglich, die Wärme zu speichern, um so die Turbinen auch nachts antreiben zu können oder Nachfragespitzen auszugleichen. Der beteiligte Konzern Schott-Solar, der ursprünglich Solarzellen für die Raumfahrt entwickelte, schreibt auf seiner Homepage ganz offen: „Während Photovoltaikanlagen vorzugsweise für die dezentrale Stromgewinnung genutzt werden, eignen sich Solarkraftwerke für die zentrale Energieerzeugung.“ Solarthermische Kraftwerke sind also technologisch besonders zur Monopolisierung erneuerbarer Energien geeignet.

Allgemeiner zeigt dieses Projekt aber auch an, dass die ersten Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energien im technologischen Reifezyklus in die großindustrielle Phase eintreten. Pioniere sowie kleinere und mittlere Unternehmen haben ihre Schuldigkeit getan, die Abschöpfung der Profite aus den gereiften Technologien übernehmen zukünftig die großen Konzerne. Dabei verändern sie die Formen der Erzeugung erneuerbarer Energien, um sich diese anzueignen, und vernichten dabei störende Teile ihrer positiven Eigenschaften. So sind die Industriekonzerne an großtechnologischer Entwicklung interessiert.

Dies zeigt neben dem Projekt Desertec auch die Entwicklung der Windenergie. Die derzeit größte Anlage wird von Siemens angeboten. Sie hat eine Leistung von 3,6 Megawatt und einen Rotordurchmesser von 107 Metern. Hier ist aber noch lange nicht Schluss. Die Firma Repower entwickelt derzeit eine Anlage mit fünf Megawatt, deren Rotor einen Durchmesser von 125 Metern haben soll. Solche Anlagen kann man nicht mehr neben ein verschlafenes Nest in der Provinz setzen. Sie sind technologisch - mit der wichtigen Ausnahme des fehlenden Brennstoffs - an die Planungsweise des alten Energiemonopols angelehnt. Das Kraftwerk wird dahin und mit einem solchen Umfang gebaut, wo und wie es die Energiewirtschaft für richtig hält, nicht dorthin, wo der Energiebedarf in einem bestimmten Umfang besteht.

Die vor den Küsten entstehenden großen sogenannten Offshorewindparks unterscheiden sich in Art der Planung, Bau und Anschluss an das Ener-

gienetz nicht entscheidend von fossilen Großkraftwerken. Abtransport und Verteilung der umgewandelten Energie erfolgen zwingend über die Netze des Oligopols. Regenerative Energien könnten demgegenüber auch energetische Autonomie mit dezentralen Netzen bieten oder von Energienetzen völlig unabhängig sein. Dieses Potential würde ihnen genommen, wenn es den Konzernen gelingen sollte, die Technologien zu monopolisieren.

Werden Gebäude energieautark geplant und gebaut, sind Großkraftwerke in der Wüste mit Tausenden Kilometern Stromleitung überflüssig. Auch das Netzmonopol wird durch das geplante Projekt gestärkt. Statt, wie es für die Nutzung erneuerbarer Energien sinnvoll wäre, den Ausbau des Netzes in der Fläche voranzutreiben, um die dezentrale Einspeisung und Entnahme zu ermöglichen, soll hier eine bisher im Stromsektor nicht gekannte Form der Zentralisierung mittels Direktleitungen vorangerieben werden.

Das seit dem Jahr 2000 geltende Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat gezeigt, wie viele dezentrale Anlagen Großkraftwerke überflüssig machen können. Der Anteil erneuerbarer Energien an der deutschen Stromversorgung stieg von vier auf 19 Prozent. Es wurden neue Kapazitäten in einem Umfang von 35 000 Megawatt geschaffen. Auch die geplanten Erzeugungskosten für den solarthermischen Desertec-Strom von 6,4 Cent im Jahr 2020 sind im Vergleich zur heutigen Erzeugung nicht extrem niedrig. Windstrom kann für sechs bis neun Cent geliefert werden, mit weiter sinkender Tendenz. Selbst die relativ teure Fotovoltaik auf Dächern und an Fassaden wird in etwa drei Jahren mit 20 Cent nicht teurer sein als der Endpreis von Atom- und Kohlestrom. Daher ist die Prognose von Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar, in der Frankfurter Rundschau richtig: „Es ist mehr als wahrscheinlich, dass Sahara-Strom hier gar nicht mehr gebraucht wird, wenn die dortigen Kraftwerke samt Leitungsbau fertiggestellt wären.“

Demgegenüber engagieren sich die Grünen und Greenpeace für das Projekt. Hans-Josef Fell, im Bundestag der Sprecher der Grünen für Energie und Mitglied im Planungsnetzwerk für das Projekt TREC, plädiert sogar für eine Novelle des EEG. „Wir sollten die gesetzlichen Einspeisevergütungen auch für im Ausland erzeugten erneuerbaren Strom öffnen“, sagte er dem Berliner Tagesspiegel. Hand in Hand mit den Monopolisten der Atom- und Kohlewirtschaft hat er offensichtlich kein Problem, damit den Bestand des EEG zu gefährden. Bei Greenpeace jubelt Andree Böhling, ehemaliger Mitarbeiter der Grünen-Bundestagsfraktion: „Solarthermische Kraftwerke können nach Windkraft und Fotovoltaik zum dritten deutschen Exportschlager im Bereich der Öko-Energien werden.“ Fragt sich allerdings, ob das Projekt neben der Industrieförderung nicht auch noch andere Seiten hat.

So stellt sich die Frage, welchen Nutzen denn eigentlich die einheimische Bevölkerung von einem solchen Projekt hätte. Zunächst mal kommt sie in den Planungen gar nicht vor und wird auch nicht

gefragt. Die Verfügbarkeit der Landflächen sowie die Bereitschaft in Nordafrika, sich in das Hochspannungsnetz Europas einbinden zu lassen, wird von den beteiligten Unternehmen und der sie unterstützenden Politik vorausgesetzt. Von der umgewandelten Energie haben die Menschen an Ort und Stelle nichts. Allenfalls fallen für Helfer bei den Bauarbeiten sowie Service- und Sicherheitspersonal wenige Arbeitsplätze ab.

Schon eher relevant sind die sicherlich schon einkalkulierten, weil bei größeren Bauprojekten und Ausschreibungen üblichen Bestechungsgelder. Mit Siemens hat man ja einen in Fragen der Korruption versierten Konzern mit dabei. Afrika bleibt auch in der Variante des grünen Hightech-Kapitalismus ein abhängiger Ressourcenlieferant. Die Technologie kommt aus Deutschland: die Parabolspiegel von Flabeg, Schott-Solar liefert die Receiver für das Solarkraftwerk, Siemens baut die Turbinen und das Netz. Die Deutsche Bank kümmert sich um die Projektfinanzierung, die Münchner Rück um die Versicherung, RWE und EON um den Betrieb der Anlagen und die Vermarktung des Stroms. Gemeinsam bemüht man sich um staatliche Gelder. Die Infrastruktur dient vor allem dem Abtransport der Beute, in diesem Fall des erzeugten Stroms. Desertec ist als neokolonialistisches Projekt wahrlich eine runde Sache. So reduziert sich der Green New Deal auf seinen Kern. Von Wums bleibt lediglich ein W. Ein Zahnrad in Form einer Sonnenblume.

Quelle: Jungle World Nr. 28, 9. Juli 2009

Ökokapitalistische Illusionen. Energiewende zwischen infantilen Fantasien und Ernüchterung

Bruno Kern

„Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.“ (Ingeborg Bachmann)

Das Ende des fossilen Zeitalters ist inzwischen endgültig eingeläutet. Das hat sich heute bis in die Chefetagen der Mineralölkonzerne herumgesprochen. Der „Peak“ der Erdölförderung dürfte inzwischen erreicht worden sein. Dass das Wegbrechen der fossilen Energiebasis die Grundfesten unserer Industriegesellschaften insgesamt erschüttern könnte - über diese Konsequenz versucht man sich krampfhaft hinwegzutäuschen. Die Illusionisten bestimmen heute immer noch den geistigen Mainstream. Ihr Credo ist das der technischen Beherrschbarkeit, der Wohlstandssicherung und -vermehrung mit intelligenteren Mitteln. Die heute im öffentlichen alternativen „Energiediskurs“ maßgebenden Hofpropheten, angefangen bei E. U. von Weizsäcker bis Hermann Scheer und Franz Alt, reden uns seit Jahren ein, dass die nötigen Redukti-

onsziele (bis zum Jahr 2050 etwa eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes in den OECD-Ländern um 90 %) ohne Wohlstandseinbußen, ja sogar noch mit erheblichen Wohlstandsgewinnen, erreichbar seien – durch mehr Energieeffizienz und durch den Einsatz erneuerbarer Energien.

Die gedanklichen Kapriolen, die man schlägt, um der schlichten Einsicht zu entgehen, dass unser Wohlstandsniveau drastisch abgesenkt werden muss, sind abenteuerlich. Die ach so verheißungsvolle Effizienzrevolution hat Fred Luks (1997) mit einer einfachen Rechnung ad absurdum geführt: Wenn der Ressourcenverbrauch in den Industrienationen bis 2050 um einen Faktor 10 sinken soll (was weitgehend Konsens ist), und wenn man gleichzeitig ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von 2 Prozent jährlich unterstellt, dann müsste die Ressourcenproduktivität (also die Menge an Gütern und Dienstleistungen pro Einheit einer bestimmten eingesetzten Ressource) um den Faktor 27 wachsen! Ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent setzt bereits eine 43-fache Energie- und Ressourceneffizienz voraus. Um diese Absurdität zu verschleiern, beschränken sich die ökologisch-kapitalistischen Heilspropheten in ihren Bestsellern immer nur auf beeindruckende Einzelbeispiele.

Die intellektuelle Redlichkeit wird dabei schamlos einem Pragmatismus der politischen Durchsetzbarkeit geopfert. Anstelle einer ehrlichen Bestandsaufnahme dessen, was mit welchen Mitteln zu welchem Preis wirklich erreichbar ist, werden alle Überlegungen der Frage untergeordnet, was man dem europäischen Wohlstandspublikum zumuten darf. In diesem Sinne tritt der ehemalige Attak-Aktivist und Neugrüne Sven Giegold in jüngster Zeit dafür ein, den pubertären Widerstand gegen die Massenautomobilisierung und den Flugverkehr endgültig als aussichtslos aufzugeben. Stattdessen müsse man eben auf technische Lösungen setzen, auf Elektroautos und auf mit Brennstoffzellen betriebene Flugzeuge (Giegold, S. 2009). Die genauere Nachfrage, ob das denn - ehrliche Energiebilanzen vorausgesetzt - überhaupt möglich ist, erspart er sich lieber. Ernst Ulrich von Weizsäcker spricht offen aus, worum es geht:

„Europäern, Amerikanern und Japanern zu empfehlen, sich in Sack und Asche zu kleiden und auf Wohlstand und Fortschritt zu verzichten, ist eine zum Scheitern verurteilte Strategie. Also sollte die neue Wirtschaftsweise den Charakter eines ‚neuen Wohlstandsmodells‘ haben, um politisch durchsetzbar zu sein.“ (von Weizsäcker, E. U. 1992, S. 12)

Hier wird übrigens auch überdeutlich, für wen dieses neue Wohlstandsmodell gilt und für wen nicht. Weltweit gesehen nimmt eine kleine Elite für sich in Anspruch, die immer knapper werdenden Ressourcen auch noch für den letzten Teil ihrer Wohlstandsparty einzusetzen. Der ressourcensparende, intelligente, ökologiekompatible Wohlstand ist bei Licht besehen chauvinistische Brutalität. Bereits jetzt sind es global gesehen nur 6 % der Menschheit, die jemals in einem Flugzeug geses-

sen haben, während in Nigeria unter Lebensgefahr Ölpipelines angezapft werden und im Sudan der erste Klimakrieg tobt. (Welzer, H. 2008, S. 94 - 99).

Ein nüchterner Blick auf die Realität

In jüngster Zeit kann man allerdings auch eine Tendenz zur Ernüchterung feststellen. Gegenüber den Illusionen der ökologischen Hofpropheten nehmen sich die definierten politischen Ziele sehr bescheiden aus. Der ehrgeizige Obama-Plan etwa hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2025 insgesamt 25 % des US-amerikanischen Elektrizitätsbedarfs aus erneuerbaren Quellen stammen werden. Man darf wohl gegenfragen, wie es um die restlichen 75 % steht. Auch in der BRD werden die skeptischen Stimmen lauter, gerade von Seiten derer, die selbst das größte Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien haben. Dietmar Schütz etwa, der Präsident des Bundesverbandes erneuerbarer Energien, gab zu Protokoll, dass man bis zum Jahr 2020 200 Mrd. KWh mittels erneuerbarer Energien produzieren könne. Das entspricht, wenn man einen leichten Verbrauchsrückgang unterstellt, etwa 35 % des bundesdeutschen Stromverbrauchs (taz 24.04.2008). Selbst bei Leuten wie Fritz Vahrenholt, selbst Hersteller von Windkraftanlagen, ist der ursprüngliche Enthusiasmus einer Ernüchterung gewichen: „Ich bin durchaus optimistisch, dass wir bis zum Jahr 2050 die Hälfte unserer Energieversorgung mit erneuerbaren Energieträgern bewältigen können. Aber selbst dann ist die Frage: Was machen wir mit den anderen 50 Prozent?“ (taz 07.10.2006) Die Einsicht in das begrenzte Potenzial erneuerbarer Energien führte Fritz Vahrenholt – ebenso wie James Lovelock – dazu, zum Befürworter der Atomenergie zu mutieren.

Wer die Situation unvoreingenommen betrachtet, wird sich vier grundsätzlichen Problemen stellen müssen:

1. Das Potenzial erneuerbarer Energien ist grundsätzlich beschränkt. Erneuerbar heißt eben nicht unerschöpflich.
2. Neben der knapper werdenden Energie aus fossilen Quellen haben wir es gleichzeitig auch mit einer Verknappung von Rohstoffen zu tun, die dem Ausbau der technischen Voraussetzungen und der nötigen Infrastruktur für erneuerbare Energien zusätzliche Schranken setzt.
3. Das uns zur Verfügung stehende Zeitfenster ist schmal. Es ist fraglich, ob wir angesichts der knapper werdenden Zeit, in der uns die fossile und Rohstoffbasis immer schneller wegbrechen, die theoretisch vorhandenen Potenziale wirklich umsetzen können.
4. Ein Problem für sich stellt die Organisation unserer Mobilität dar, die in der uns bekannten Form ohne die fossile Energiebasis kaum vorstellbar ist und die gleichzeitig für unsere global durchgesetzte kapitalistische Industriegesellschaft essenzielle Bedeutung hat.

Machbar oder lebensfähig? Die Erneuerbaren als „Parasiten“ der noch vorhandenen fossilen Energiebasis

Die sogenannten erneuerbaren Energien (im Wesentlichen Solarenergie und Biomasse) werden in ihren Möglichkeiten oftmals so hoch veranschlagt, dass es doch sehr erstaunt, warum sie sich nicht längst schon durchgesetzt haben. Ist tatsächlich nur die bitterböse Atomlobby schuld? Die präsentierten Rechnungen sind aber höchst unseriös. Die Energiebilanzen beschränken sich in der Regel auf den laufenden Betrieb. In die Energiebilanz nicht mit einbezogen werden die Produktionsvoraussetzungen und die erforderliche Infrastruktur insgesamt. Wer etwa die Energiebilanz einer Fotovoltaikanlage ehrlich erstellen will, der muss - wie in jeder Kostenrechnung auch - anteilmäßig bei der Produktion der Bagger anfangen, die den Sand zur Siliziumherstellung fördern. Einer der wenigen, die so bilanzieren, ist Howard T. Odum, der dann auch prompt für die Fotovoltaik (auf der Basis von monokristallinem Silizium) eine negative Energiebilanz errechnet. Mit Recht klagt die Anti-Atom-Bewegung in ihrer Auseinandersetzung mit den Atomkraftwerksbetreibern eine solche ehrliche Bilanz ein, um das Argument zu entlarven, Atomstrom sei der Ausweg aus der Klimakatastrophe. Allerdings müsste man dann auch die intellektuelle Redlichkeit besitzen, diese Rechnung auch für die „Erneuerbaren“ aufzumachen. Der Ökonom N. Georgescu-Roegen unterscheidet in diesem Sinne zwischen „machbaren“ und „lebensfähigen“ Energien. „Lebensfähig“ sind nur jene Energiequellen, die sich selber reproduzieren können. Das heißt, Fotovoltaik wäre in dem Maße lebensfähig, wie die Produktionsbasis mit all ihren Komponenten und deren zyklischer Erneuerung selbst wieder mit Fotovoltaikstrom hergestellt werden könnte. Dabei wäre zu bedenken, dass die Herstellung selbst der einfachen Halbleiterzellen Temperaturen von 400 bis 1400 Grad Celsius erfordert. Richard Heinberg stellt eher skeptisch fest: „Sicherlich können konventionelle Siliziumzellen bisher im Vergleich zu der für ihre Herstellung nötigen Energie nur einen geringen späteren Ertrag aufweisen, obwohl die Anhänger dieser Technologie auch hier standhaft mit günstigen Zahlen werben (im Allgemeinen berücksichtigen sie bei ihren Berechnungen nicht die für den Transport und die Herstellung der Produktionsanlagen aufgewandte Energie ...“ (Heinberg, R. 2004, S. 239) Auch die neueren Techniken etwa von Dünnschichtsolarzellen auf der Basis von nichtkristallinem Silizium oder lichtempfindlichen Farbpigmenten etc. helfen nicht viel weiter. Bei einem Wirkungsgrad von maximal 7 % wird ihnen wohl nur ein Nischendasein beschieden sein. Einzig die Windenergie (die aber für die Erzeugung der Stromgrundlast nicht taugt) scheint zweifelsfrei eine positive Energiebilanz aufzuweisen. Die entsprechenden Bilanzen bewegen sich allerdings ebenfalls in einem breiten Spektrum und veran-

schlagen den EROI (energy return on energy invested, das heißt Energiegewinn im Verhältnis zur eingesetzten Energie) allesamt positiv von 2 bis 50. (Das heißt, innerhalb eines Lebenszyklus einer Anlage gewinnt man das Zwei- bis Fünfzigfache an eingesetzter Energie.) Hier stellt sich allerdings das Problem der Speichertechniken. In der BRD etwa steht die Windenergie insgesamt nur 16 % der Zeit zur Verfügung. Die bisher bekannten bzw. derzeit erprobten Speichertechniken sind allesamt nicht unproblematisch. Pumpspeicherkraftwerke mit einem sehr hohen Wirkungsgrad gehen mit einem enormen Landschaftsverbrauch einher, für Druckluftspeicherkraftwerke fehlen vielfach die Voraussetzungen, weshalb bislang weltweit nur zwei existieren, und die Speicherung mittels Wasserstoff weist bislang einen bescheidenen Wirkungsgrad von etwa 20 % auf.

Auf das Problem der schwindenden Rohstoffbasis, die dem Ausbau erneuerbarer Energien zusätzliche Schranken auferlegt, hat unter anderem Thomas Krupka, der Chef von Solon, aufmerksam gemacht: Die Verteuerung von Rohstoffen wie etwa Kupfer und Stahl im Lauf des Jahres 2008 hat einen Vorgeschmack dafür geliefert, was deren absolute Verknappung in absehbarer Zeit bedeuten könnte. Mit Hinweis auf diese Problematik hat Krupka übrigens gerade die großflächige Stromproduktion durch Solarkraftwerke in der Sahara als Hoffnungsträger verworfen. Er wies etwa auf das schnelle „Erblinden“ der Module durch Sandstürme, die dadurch bedingten drastische Ertragsminderungen und den entsprechend kürzeren Lebenszyklus hin (taz 13.11.2008). Die Problematik des Rohstoffbedarfs betrifft ebenso solarthermische Anlagen, die neuesten Fotovoltaiktechniken wie die Windenergie. Gerade in jüngster Zeit haben Studien auf die Knappheit von seltenen Metallen wie Indium, aber etwa auch das für Batterien eingesetzte Lithium hingewiesen. (Vgl. dazu Spiegel online 10.4.2009.) Auch in Bezug auf die Windenergie gib James Howard Kunstler zu bedenken: „Wie schaffen wir die seltenen Erze, Chrom, Titan, von den wenigen Stätten ihres Vorkommens zu den Produktionsstätten, wo die Metalllegierungen hergestellt werden, um Windturbinen zu erzeugen? Und was benutzen wir, um die Hochöfen zu betreiben?“ (Kunstler, J. H. 2005, S. 128)

Die Problematik des immer schmaler werdenden Zeitfensters lässt sich ebenfalls anhand der Windenergie gut verdeutlichen. Die hochgerechneten theoretischen Potenziale sind teilweise beeindruckend. In den USA etwa gehen die optimistischsten Schätzungen davon aus, dass man mittels Windenergie ca. die Hälfte des Gesamtenergieverbrauchs erzeugen könnte. Doch es klafft eine große Lücke zwischen diesem theoretischen Potenzial und dem Status quo. Weltweit wird bislang etwa 1 % der Elektrizität mittels Windenergie erzeugt. Richard Heinberg weist darauf hin: Wenn man in den USA bis zum Jahr 2030 etwa 20 % der Elektrizität durch Windkraft gewinnen wollte, dann müsste man bis dahin jährlich (!) etwa 20 000 dem

neusten Stand der Technik entsprechende Windkraftanlagen aufbauen, vom nötigen Ausbau der übrigen Infrastruktur (Leitungskapazitäten) ganz zu schweigen. Das würde eine beträchtliche Umschichtung ökonomischer Ressourcen in einer relativ kurzen Zeit und unter hohem Energieaufwand bedeuten - einem Energieaufwand unter dem Vorzeichen der immer schneller wegbrechenden fossilen Basis: „Betrachtet man nun aber diese Energieinvestition, die man für den Bau aller Windturbinen und anderer für den Übergang auf erneuerbare Energien notwendige Infrastrukturmaßnahmen braucht, und bedenkt, dass gleichzeitig das Erdöl immer knapper wird, erkennt man, dass dann keine überschüssige Energie mehr zur Verfügung stünde, um den bisherigen Bedarf der Wirtschaft weiterhin decken zu können.“ (Heinberg, R. 2004, S. 233)

Eine Million Elektroautos oder die Rechenkünste eines Exministers

Überdeutlich wird der illusionäre Charakter der aktuellen Diskussion beim Thema Mobilität. Verwundert reibt man sich die Augen, wenn man in gleich zwei Ausgaben des „Spiegel“ hintereinander zu lesen bekommt, dass die Biomasse der Erde sieben- bis achtmal reicht, um den alternativen Treibstoff für unser heutiges Mobilitätsniveau zu sichern. Leider ist diese Aussage nicht weiter belegt. Aber der Unsinn liegt ohnehin auf der Hand. Die hohen Verluste an fruchtbarem Ackerland durch Bodenerosion, die Ausdehnung der Wüsten etc. sind jedem auch nur oberflächlich Informiertem bekannt. Selbstverständlich steht die Erzeugung von Biomasse in unmittelbarer Konkurrenz zur Ernährung der Weltbevölkerung. Der gegenwärtige weltweite Boom beim Anbau von Plantagen für pflanzliche Treibstoffe bedeutet letztlich, dass weltweit gesehen 800 Millionen Autobesitzer (mit entsprechend mehr Kaufkraft) gegen die zwei Milliarden Menschen konkurrieren, die heute unter der Armutsgrenze leben.

Selbst das Wall Street Journal eignet sich in Bezug auf die Produktion von Biotreibstoffen inzwischen die Sichtweise kritischer Ökologen an und weist unter Berufung auf David Pimentel darauf hin: „... die Ausweitung der Produktion von Mais für Biokraftstoffe würde die Wasserressourcen erschöpfen und den Boden durch den Gebrauch von Kunstdüngern und anderen Chemikalien verschmutzen. Das würde auch den Verbrauch von großen Mengen konventioneller Energie erfordern - für die Landwirtschaftsmaschinerie und für die Anlagen zur Konversion von Mais zu Ethanol. Dieser Preis könnte den Vorteil aus der Produktion des weniger umweltverschmutzenden Kraftstoffs zunichte machen.“ (Wall Street Journal, 5.12.2006) Nicht berücksichtigt ist dabei, dass auch die Herstellung von Düngemitteln und anderer Agrarchemikalien den Verbrauch einer großen Menge von fossilen Brennstoffen und anderer nicht erneuerbarer Ressourcen erfordert. Schon in früheren Studien wurde

der EROI von Ethanol aus Mais auf nur 1,3 bzw. 1,1 berechnet, der von Palmöl auf lediglich 1,06 (Heinberg, R. 2004, S. 152 f).

Die bundesdeutschen „Grünen“ biedern sich derzeit bis zur Peinlichkeitsgrenze als Retter der Autoindustrie an. Als einen Bestandteil des „Green New Deal“ hat man die Vision formuliert, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen zu haben. Jürgen Trittin, Ex-Bundesumweltminister und seinerzeit williger Vollstrecker des Autokanzlers Schröder, antwortete auf die Frage, woher denn dafür der Strom kommen soll: „Bis dahin werden 50 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien erzeugt, da haben wir ja schon die Hälfte.“ (Interview am 9. Mai 2009 durch den Fernsehkanal Phoenix)

Energie in flüssiger, leicht transportierbarer und gut handhabbarer Form ist unabdingbare Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Mobilität im bisherigen Stil. Wasserstoff galt lange als der ideale Ersatz für flüssigen Treibstoff. Eine wasserstoffgetriebene Brennstoffzelle hat tatsächlich einen Wirkungsgrad von 60 % und übertrifft damit Benzinmotoren deutlich. Aber Wasserstoff ist keine Energiequelle, sondern ein Speichermedium. Grundsätzlich sind zwei Wege der Wasserstoffproduktion gangbar: Die Herstellung aus Kohlenwasserstoffen, heute konkret Methan, oder mittels Elektrolyse aus Wasser, wobei es natürlich grundsätzlich möglich ist, das Elektrolyseverfahren mittels Energie aus erneuerbaren Quellen durchzuführen. Bei beiden Verfahren liegt der Stromverbrauch bei etwa 5 kWh pro Kubikmeter, bei der anschließenden Stromerzeugung aus Wasserstoff geht ebenfalls Energie verloren. Für den Fall, dass der Strom aus regenerativen Quellen stammt, wirft Benjamin Dessus die Frage auf, welche Gesamtleistung sich damit überhaupt realisieren lässt, wenn man bedenkt, dass die großtechnische Herstellung von Wasserstoff permanente Energiezufuhr in erheblichen Mengen erfordert (Le monde diplomatique, 14.1.2005). Richard Heinberg stellt in diesem Sinn fest: „Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik legt fest, dass Wasserstoff immer ein Nettoverlierer sein wird, da bei jeder Umwandlung ein Teil der nutzbaren Energie verloren geht ... Angesichts der von vornherein recht niedrigen Nettoenergie aus erneuerbaren Quellen sowie der Nettoenergieverluste bei der Umwandlung von Strom in Wasserstoff und der anschließenden Rückwandlung von Wasserstoff in Elektrizität kommt man kaum an der Erkenntnis vorbei, dass die von wohlmeinenden Visionären propagierte ‚Wasserstoffwirtschaft‘ notwendigerweise mit weit weniger Energie auskommen muss als die Wirtschaft, die wir bisher gewöhnt sind.“ (Heinberg, R. 2004, S. 245)

Dazu kommen noch die erheblichen Infrastruktur- und Sicherheitsprobleme, für die kaum Lösungen in Sicht sind. Aufgrund des extrem hohen Drucks braucht ein Wasserstoffauto mit Brennstoffzellentechnik einen mit äußerst starken Kohlestofffasern verstärkten Tank. Ein Sicherheitsrisiko sind dabei vor allem die Bleiverbindungsstellen. Wasserstoff

ist leicht entflammbar und korrosionsaggressiv. Jeder Tankvorgang würde nicht nur ein erhebliches Sicherheitsrisiko bedeuten, sondern mit zusätzlichem Energieverschleiß verbunden sein. Der relative

Energieverbrauch allein für den Transport (in Tanklastwagen mit hohem Kompressionsdruck) im Verhältnis zur transportierten Energie würde Wasserstoff bei fast jeder Entfernung unwirtschaftlich machen ...

Es führt einfach kein Weg daran vorbei: Da jede Form von Energie endlich ist und dem physikalischen Gesetz der Entropie unterliegt, da auch scheinbar im Überfluss vorhandene Energie erst mühsam und selbst wieder unter hohem Energieaufwand verfügbar gemacht werden muss, werden wir ein anderes Verhältnis zur Mobilität insgesamt gewinnen müssen. Es entspricht vermutlich nicht menschlichem Maß, innerhalb von 24 Stunden an fast jedem beliebigen Punkt der Erde sein zu können.

Eine Ökonomie des „Genug“

Wer die Lebensgrundlagen weltweit sichern will, der muss eine Ökonomie und Kultur des „Genug“ anstreben, der muss sich vom parasitären Charakter unseres Scheinwohlstands verabschieden. Um im Bild zu sprechen: Man kann eben nicht gleichzeitig die Abschaffung der Legebatterien fordern und an Joseph Goebbels' Forderung nach dem Frühstücksei für jeden Deutschen festhalten wollen.

In erfrischendem Gegensatz zum ökologischen Wohlstandschauvinismus eines Ernst Ulrich von Weizsäcker macht Jeremy Rifkin klar, dass nicht weniger als unsere Industriegesellschaft und die damit verbundenen Lebensgewohnheiten auf dem Spiel stehen:

„Diejenigen, die sich ... von den Illusionen des industriellen Zeitalters nicht lösen können, ... werden sich dagegen wehren, dass Großstadtleben, industrielle Produktionsweisen und der gesamte Komfort, der den sogenannten ‚amerikanischen Traum‘ genährt hat, im Widerspruch zum Solarzeitalter stehen sollen. Ökologen und Wirtschaftswissenschaftler ... haben jedoch mehr als deutlich gemacht, dass wir uns der historischen Realität nicht länger entziehen dürfen, dass falsche Zukunftserwartungen ein überaus gefährliches Abenteuer bedeuten, vielleicht eine irreversible Katastrophe. Ganz gleich, welchen Weg wir auch einschlagen, der bevorstehende Wendepunkt wird uns Opfer und Verzicht nicht ersparen.“ (Rifkin, J., S. 213 f.)

Eine nachhaltige, die elementaren Lebensgrundlagen sichernde Wirtschaft darf jedoch nicht nur nicht wachsen, sie muss schrumpfen mit dem Ziel, ein verträgliches Niveau des „steady state“, das heißt eines stationären Gleichgewichts, zu erreichen. Natürlich ist dies mit der dem Kapitalismus eingeschriebenen Wachstumslogik nicht mehr zu vereinbaren. Die erforderliche ökonomische Abrüstung

kann nur in bewusster Planung erfolgen. (In Auseinandersetzung mit Herman Daly, Harry Shutt, den „Marktsozialisten“, Elmar Altvater und anderen hat dies vor allem Saral Sarkar in seinen beiden unten angeführten Büchern aufgezeigt.) Die Rohstoff- und Energieverknappung und das Einhalten ökologischer Mindeststandards führen unweigerlich zum Wegbrechen ganzer Industriebranchen. „Marktkonforme“ Steuerungsgesetze müssen hier zwangsläufig versagen. Die (begrenzten) Steuerungsmechanismen des Marktes funktionieren nur unter der Voraussetzung hoher Produktivität und eines genügend großen Ressourcenangebots. Die fiskalische Lenkung der Nachfrage etwa durch Besteuerung kann nur die soziale Kluft verschärfen und dazu führen, dass „unökologisches“ Verhalten eben einer reichen Elite vorbehalten bleibt. Der freie Handel mit limitierten Verschmutzungsrechten kann unter kapitalistischen Bedingungen nur zu krassen Fehlallokationen führen. Eine Steuerung des Ressourcenangebotes, Mengenregulierungen für Energie und Rohstoffe müssen mit Preiskontrollen und einer Rahmenplanung einhergehen, die Produktion und Verbrauch lenkt. Was, wie und wie viel produziert wird, kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss - auf möglichst demokratische und partizipative Weise - bewusst organisiert werden. Die mit viel medialer Unterstützung geschürten Illusionen in Bezug auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien muten wie die hilflosen Abwehrversuche der sich aufdrängenden Konsequenz eines ökologischen Sozialismus an.

Literatur

- Giegold, Sven (2009): Freiheit, Auto, Nachhaltigkeit, in: *Le monde diplomatique*, 13. 9. 2009
- Heinberg, Richard (2004): *The Party's Over. Das Ende der Ölvorräte und die Zukunft der industrialisierten Welt*, München.
- Kunstler, James Howard (2005): *The Long Emergency. Surviving the End of Oil, Climate Change, and Other Converging Catastrophes of the Twenty-First Century*, New York.
- Luks, Fred (1997): *Der Himmel ist nicht die Grenze*, in: *Frankfurter Rundschau*, 21. Januar 1997.
- Odum, Howard T. (1996): *Environmental Accounting. Emergy and Decision Making*, New York.
- Rifkin, Jeremy (1985): *Entropie – ein neues Weltbild*, Frankfurt, Berlin.
- Sakar, Saral; Kern, Bruno (2008): *Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik*, Köln, Mainz, Broschür (zu beziehen über die Initiative Ökosozialismus, s. o.).
- Sarkar, Saral (2001): *Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen*, Köln (zu beziehen über die Initiative Ökosozialismus, s. o.).
- Sarkar, Saral (2009): *Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie*, Köln/Mainz (zu beziehen über die Initiative Ö-

kosozialismus, www.oekosozialismus.net; Bruno Kern, Mombacher Straße 75 A, 55122 Mainz; Tel.: 06131 236461; E-Mail: fackelkraus@gmx.de).

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich (1992): Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt.

Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt 2008.

Quelle: Zeitschrift Streifzüge, Nr. 46, Juli 2009

Der Aralsee verschwindet ins Nichts

„Der Standard“, Artikel vom 12.07.2009

Längst ist der einst riesige See in einzelne Gewässer aufgesplittert - und die werden bis 2020 austrocknen, wie Satellitenbilder zeigen

Paris - Einst war er das viertgrößte vollständig von Land umschlossene Gewässer der Welt - nun steht der Aralsee vor der Austrocknung in absehbarer Zeit: Das geht aus einem Vergleich von Envisat-Satellitenbildern vom 1. Juli 2006 mit Aufnahmen vom 6. Juli diesen Jahres hervor, wie die Europäische Weltraumagentur ESA mitteilte. Die ESA rechnet damit, dass der Große Aralsee bis 2020 komplett verschwunden ist. Dass überhaupt von einem „Großen Aralsee“ gesprochen werden muss, ist bereits ein Zeichen des Niedergangs in sich, denn die ursprüngliche Wasserfläche ist längst in Einzelteile zersplittert. Der Aralsee ist ein sogenanntes endorheisches Gewässer - das Wasser seiner Zuflüsse, in erster Linie der Amudarja und der Syrdarja, gelangt nicht ins Weltmeer, sondern endet hier. Doch konnte der Zustrom den Wasserverbrauch der Landwirtschaft nicht mehr ausgleichen, nachdem Usbekistan in Zeiten der Sowjetunion zum zweitgrößten Baumwollexporteur der Welt aufgebaut worden war. Dazu leitete die Sowjetregierung das Wasser des Amudarja in gigantische Bewässerungskanäle um, der Zufluss für den Aralsee versiegt.

Zerfall und Austrocknung

In den vergangenen 50 Jahren ist der See daher beständig geschrumpft. Vor rund 20 Jahren teilte sich der See schließlich in den nördlich gelegenen Kleinen Aralsee in Kasachstan und den zunächst etwa zehnmal größeren Großen Aralsee auf kasachischem und usbekischem Gebiet. Dieser annähernd hufeisenförmige See wiederum teilte sich nur zehn Jahre später in ein tieferes westliches und ein flacheres östliches Becken. Letzteres hat in den vergangenen drei Jahren 80 Prozent seines Wassers verloren. Kleinere Teile der einstmals zusam-

menhängenden Wasserfläche haben sich ebenfalls abgetrennt - der gesamte zerfaserte Südtail des einstmals stolzen Gewässers dürfte in elf Jahren verschwunden sein. Mit dem Verlanden des Sees ging eine dramatische Klimaveränderung einher: Es regnete in der Region kaum noch, eine mittlerweile Aral-Karakum genannte Wüste breitet sich aus. In den Gebieten, in denen sich das Wasser zurückgezogen hat, bleiben salzige Flächen zurück, immer häufiger auftretende Sandstürme tragen dieses Salz über Hunderte von Quadratkilometern hinweg, verursachen schwere Gesundheitsprobleme und verstärken den Verwüstungstrend. Insgesamt gilt die Austrocknung des Aralsees daher als eine der schlimmsten vom Menschen verursachten Umweltkatastrophen aller Zeiten.

Link: ESA: "Earth from Space: Declining Aral Sea" (mit animierter Darstellung des schrumpfenden Sees), http://www.esa.int/esaEO/SEMGVT6CTWF_index_0.html

Quelle:

Der Standard, 12.07.2009 (österreichische Tageszeitung)

Es geht nicht ohne Verbote. Bis zum Herbst ein besonders weitreichendes Klimaschutzgesetz

Interview mit Katrin Lompscher

Katrin Lompscher wurde am 23. November 2006 vom Regierenden Bürgermeister zur Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Berlin ernannt. Zuvor war Lompscher (47) viele Jahre als Kommunalpolitikerin für die PDS in verschiedenen Berliner Bezirken aktiv. Über das Vorhaben der Senatorin, ein Klimaschutzgesetz in der Hauptstadt durchzusetzen, sprachen mit ihr Sarah Liebigt und Martin Kröger (Neues Deutschland).

Direkt vor Ihrem Amtssitz fließt die Spree. Bei den hochsommerlichen Temperaturen möchte man zu gerne hineinspringen – ist das nur ein utopischer Traum?

Es ist mehr als ein Traum. Es ist eine durchaus realistische Vorstellung, für deren Umsetzung wir aber noch Zeit brauchen. Die Gewässerqualität spielt für Berlin eine extrem wichtige Rolle. Wir beziehen unser Trinkwasser unmittelbar aus dem Stadtgebiet – etwas, was auch international durchaus Furore macht. Hinzu kommt, dass wir mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in der Pflicht sind, etwas für die ökologische Qualität der Oberflächengewässer zu tun. Unser großes Sorgenkind

ist die Mischwasserkanalisation. Hier sind enorme Sanierungsaufwendungen erforderlich, die sich lange hinziehen werden – mindestens 10 bis 20 Jahre, möglicherweise auch länger.

In solchen Zeiträumen wird sich auch der Klimawandel weiter forcieren. Für unsere Region sagt man voraus, dass es noch heißere Sommer geben wird, Starkregen erleben wir bereits häufiger. Als Umweltsenatorin sind Sie auch für Klimaschutz zuständig. Welches Fazit ziehen Sie nach den ersten drei Jahren?

Dass Vattenfall kein Kohlekraftwerk in Berlin baut, ist der bisher größte Erfolg, den wir erzielen konnten und der auch Zeit und Kraft gekostet hat. Darauf bin ich stolz. Das erfreuliche Ergebnis zeigt, dass wir gemeinsam mit einer kritischen Öffentlichkeit Einfluss nehmen können auf große Investitionsvorhaben von Unternehmen. Auf rechtllichem Wege hätten wir es nicht verhindern können.

Gibt es weitere Erfolge?

Selbstverständlich. Der Senat hat vor einem Jahr erstmals ein klimapolitisches Arbeitsprogramm verabschiedet, und der Regierende Bürgermeister hat das Klimabündnis ins Leben gerufen. Damit ist klar, dass Klimaschutz tatsächlich Sache des gesamten Senats ist. Das wird auch bei der Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II deutlich: Ein Großteil ist für energetische Gebäudesanierung vorgesehen. Und als Drittes will ich die Klimaschutzvereinbarungen mit den großen öffentlichen Unternehmen wie BSR, Wasserbetrieben und dem Verband der öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft nennen, die sehr wichtige Partner beim Klimaschutz sind. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen, deswegen verhandeln wir derzeit auch mit anderen Unternehmen.

Ist da schon was spruchreif?

Bei der Vorstellung des Energiekonzeptes von Vattenfall hat das Unternehmen dem Land Berlin angeboten, eine Klimaschutzvereinbarung abzuschließen. Zudem haben wir mit Vivantes eine Klimaschutzvereinbarung vorbereitet, die demnächst unterzeichnet wird. Zoo und Tierpark und die BVG werden folgen. Ein großes Arbeitsprogramm, das wir jetzt peu à peu abarbeiten.

Apropos Arbeitsprogramm: Ihr nächstes Großprojekt ist das Klimaschutzgesetz. Sie haben den Entwurf an die verschiedenen Verbände geschickt. Bis Ende Juli hatten diese Zeit, sich zu äußern. Was wollen Sie mit dem Klimaschutzgesetz erreichen?

Zunächst einmal haben wir die Anhörungsfrist bis zum 21. August verlängert. Wir wollen mit dem Klimaschutzgesetz das derzeit gültige Energiespargesetz des Landes Berlin ersetzen. Dieses

Gesetz ist 1990 in Kraft getreten und zwischenzeitlich hat sich die Welt natürlich verändert.

Was soll das Gesetz alles enthalten?

Bis 2020 wollen wir in Berlin 40 Prozent CO₂ einsparen gegenüber 1990. Dieses Ziel wird im Gesetz verankert. Letztlich geht es darum, konkrete Maßnahmen zu forcieren, um Energieeinsparungen und -effizienz voranzutreiben und bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein deutlich höheres Niveau zu erreichen.

Auf welchem Niveau befinden wir uns denn derzeit im Vergleich zu den anderen Bundesländern?

Stadtstaaten haben es natürlich schwerer. Aber wir sind das einzige Bundesland, welches für den Gebäudebestand so weitgehende Vorgaben im Klimaschutzgesetz plant. Insofern sind wir hier tatsächlich Vorreiter. Und mir ist derzeit auch kein Bundesland bekannt, welches ähnliche Pläne hat. Das bedaure ich, weil man gemeinsam bekanntlich mehr erreicht.

Ihre potenziellen Partner für das Vorhaben aus der Wohnungswirtschaft sprechen hinter vorgehaltener Hand bezüglich des Klimaschutzgesetzes von „Öko-Stalinismus“.

Ich erwarte auch von der Wohnungswirtschaft eine sachliche Diskussion.

Vor allem werden horrenden Kosten für die nötigen baulichen Maßnahmen befürchtet.

Im Übrigen sind die Stimmen aus der Wohnungswirtschaft durchaus differenzierter, zumal sich insbesondere die öffentliche und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft in Berlin überhaupt nicht zu verstecken braucht. Die haben in den letzten Jahrzehnten so hervorragende Sanierungsfortschritte gemacht, dass sie Vorbilder sind, was sparsamen Energieverbrauch angeht. Häufig wird bei der massiven Kritik übersehen, dass wir das Gesetz so konzipiert haben, dass der verpflichtende Einsatz erneuerbarer Energien für die Wärmeversorgung ersetzt werden kann durch andere Klimaschutzmaßnahmen – beispielsweise eine stärkere Gebäudedämmung oder einem Wechsel zu einer klimafreundlicheren Energieversorgung.

Auch die Bürger dürften wie beim Straßenausbaubeitragsgesetz ordentlich zur Kasse gebeten werden, oder?

Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif – das muss allen klar sein. Die Kosten entstehen, weil wir etwas für den Klimaschutz tun müssen. Es gibt kritische Äußerungen von Verbänden, es gibt aber auch Hauseigentümer, die sich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bewusst sind. Bei der Umset-

zung des Gesetzes werden Kosten auf Eigentümer und Mieter zukommen. Hierfür gibt es bundesrechtliche Vorgaben im Mietrecht. Ich gehe aber davon aus, dass sich ein Großteil davon für die Mieter durch eingesparte Betriebskosten ausgleichen lässt.

Nach dem Gesetz soll es auch Zwanganschlüsse ans Fernwärmenetz geben. Welche Kosten kommen da auf Betroffene zu?

Das ist nicht neu, sondern bereits seit 1990 im Berliner Energieeinspargesetz als Möglichkeit vorgesehen, und wurde im Entwurf des Klimaschutzgesetzes aus gutem Grunde übernommen. Mit zusätzlichen Kosten ist nicht zu rechnen. Fern- und auch Nahwärme aus kleineren Blockheizkraftwerken sind im Vergleich zu anderen Energieträgern sehr günstig und klimafreundlich.

In welchem Zeitplan soll das Klimaschutzgesetz verabschiedet werden?

Ich gehe davon aus, dass nach Auswertung der Verbändestellungnahmen eine Senatsvorlage im Herbst verabschiedet werden kann. Danach ist das Abgeordnetenhaus am Zuge.

Den Grünen und den Umweltverbänden geht das Vorhaben nicht weit genug. Sind Sie es nicht leid, dauernd von den Grünen kritisiert zu werden?

Konstruktive Kritik ist gut und hilft auch, gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen. Schließlich konnten wir gemeinsam den Neubau eines Kohlekraftwerks verhindern.

Beim Klimaschutzgesetz geht es wieder um Verbote. Bei der Umweltzone und dem Nicht-raucherschutz mussten Sie ebenfalls Verbote rechtfertigen – und zwar für den ganzen Senat.

Manchmal geht es nicht ohne Verbote. Beim Nicht-raucherschutz hat man es über viele Jahre mit freiwilligen Vereinbarungen versucht. Das hat nichts gebracht. Jetzt gibt es klare Regeln und die große Mehrheit freut sich über qualmfreie Gaststätten. Und die Umweltzone ist auch nicht dazu da, die Autofahrer zu ärgern, sondern sie soll die Luftqualität verbessern. Davon profitieren dann alle, im Übrigen auch die Autofahrer. Letztlich bin ich als Senatorin Hüterin der Rechte und der Lebensbedürfnisse eines Großteils der Berlinerinnen und Berliner. Und in dieser Rolle fühle ich mich ganz wohl.

Quelle: Neues Deutschland, 12.08.2009

*Katrin Lompscher ist Umweltsenatorin in Berlin
Diskussionsseite zur Kommentierung des Referentenentwurfs (Bündnis 90/Die Grünen)
<http://www.berliner-klimaschutzgesetz.de>*

Energie- und Klimaschutzpolitik nicht als Last, sondern als Baustein für die Zukunft begreifen

Marion Morassi, Wolfgang Huste

Wenn das Engagement der Landesregierung in Fragen des Einsatzes erneuerbarer Energien, des Energiesparens und der Vorbildwirkung bei Klimaschutzaktivitäten sich nicht endlich deutlich ändert, wird Rheinland-Pfalz nichts zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesrepublik beitragen können. Konzepte für diese Fragen sind noch immer in Vorbereitung, Aktivitäten erfolgen nur schleppend und halbherzig. Wer für seine Gebäude z. B. nur Energieausweise erstellen lässt, die auf dem Verbrauch und nicht dem Bedarf basieren, muss sich nicht wundern, wenn er dann auch keine Erkenntnisse zu baulichen Schwachstellen oder Einsparmöglichkeiten gewinnen kann. So sollten z. B. nach Forderungen der Partei DIE LINKE in Zukunft alle Neubauten in öffentlicher Hand mit erneuerbaren Energien beheizt und mit Strom versorgt werden.

Dies kann durch Blockkraftheizwerke, Geothermie oder Fotovoltaikanlagen geschehen. Das dies möglich ist, beweist der Kreis Ahrweiler: Landrat Dr. Jürgen Pföhler: „Die Nutzung erneuerbarer Energien verringert Klima- und Umweltschäden und hilft, teure Energieformen wie Öl und Gas zu sparen. Wir haben diese Entwicklung frühzeitig erkannt und aufgegriffen.“ Die wichtigsten Maßnahmen seien das große Solarstromprojekt, bei dem die Dächer der Kreisschulen und der Kreisverwaltung mit 7 000 Quadratmetern Fotovoltaikflächen ausgestattet worden seien, das Biomasse-Projekt und der verstärkte Einsatz von ökologischen Heiztechniken vor allem in den Kreisschulen.

Das Informationsportal „kommunal-erneuerbar“ unterstützt kommunale Entscheidungsträger beim Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort. Städte und Gemeinden spielen beim Klimaschutz eine Hauptrolle, denn sie haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung erneuerbarer Energien. Ohne das Engagement auf kommunaler Ebene sind keine Klimaschutzziele zu erreichen!

Das Portal „kommunal-erneuerbar“ verknüpft Erfahrungen aus der Planung und Umsetzung verschiedenster Erneuerbare-Energien-Projekte mit vielen weiterführenden Links und Literaturhinweisen. Damit gibt es Bürgermeistern, Gemeinderäten und deren Mitarbeitern eine Orientierung an die Hand - von den ersten Überlegungen zur Nutzung Erneuerbarer

Energien bis zur konkreten Umsetzung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf größeren Anlagen wie Wind- und Solarparks sowie Biomasseanlagen.

Nach unserer Überzeugung lassen Klimawandel und erschöpfte fossile Ressourcen keine andere Wahl: Wir müssen die erneuerbaren Energien und

die Energieeffizienz schnellstens ausbauen. Nach dem Motto „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ wird das jedoch nicht funktionieren. Diese Einstellung ist leider zu oft bei Bürgern zu beobachten, die zwar gerne „saubere Energie“ nutzen, aber bitte keine Windkraftanlage vor ihrer eigenen Haustüre sehen möchten. Da ist noch viel Aufklärung und Überzeugungsleistung zu leisten! Offensichtlich ist das Verständnis von moderner Energie- und Klimaschutzpolitik in den verschiedenen Ressorts der Landesregierung sehr unterschiedlich ausgeprägt. Es wird höchste Zeit, dass diese Aufgaben nicht mehr als lästige Pflicht, sondern als Baustein für die Zukunft von Rheinland - Pfalz betrachtet werden.

Die LAG Ökologische Plattform RLP unterstützt jede positive Initiative, die in die richtige Richtung führt. Auf kommunaler, kreisweiter und landesweiter Ebene. Auch in Zusammenarbeit mit Non Government Organisationen wie BUND, NABU, ATTAC, GREEN PEACE etc.

Quellen:

<http://www.kreis.aw-online.de/pressdienst/>

<http://www.kommunal-erneuerbar.de>

Die Autoren sind Mitglieder der Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz (www.oepf-rlp.de)

GRUNDPOSITIONEN

Eine dezentrale grüne Eigentumsordnung

Oskar Lafontaine

[...] Eine Kapitalrendite von 25 Prozent kann nur durchgesetzt werden, wenn die sozialen und ökologischen Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Dass Renditeforderungen von 25 Prozent zu Lasten von Löhnen, Renten und sozialen Leistungen gehen, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Weniger bekannt ist, dass sie auch zur Zerstörung der Umwelt führen. Die auch von den Grünen durch die Deregulierung des Finanzsektors begünstigte, ständig steigende Renditeerwartung führt notwendigerweise zu einem Raubtierkapitalismus, der die Umwelt zerstört. Der in den USA und bei uns von den Grünen und neuerdings auch von CDU/CSU geforderte New-Green-Deal bleibt auf halbem Wege stehen, wenn er die umweltzerstörenden Renditeforderungen des Finanzsektors nicht beendet. Das ist der Zusammenhang.

Greening the economy – so heißt das ja heute von denselben Parteien, die fordern, Deutsch muss ins Grundgesetz – also Greening the economy, zu

deutsch: die Wirtschaft umweltfreundlicher machen, kann sich nicht darin erschöpfen, umweltfreundliche Autos zu fordern, die Verminderung des CO₂-Ausstoßes oder den Ausstieg aus der Kernenergie. Greening the economy heißt, dem Rad in die Speichen greifen, das die Umweltzerstörung immer weiter vorantreibt. Greening the economy verlangt grüne Renditen und die Wiederentdeckung des Wortes „genug“ durch Renditejäger, Manager und die Bezieher leistungsloser Einkommen. Nur so können diejenigen wieder genug erhalten, die die wahren Leistungsträger unserer Gesellschaft sind, nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch die Profiteure des Finanzkapitalismus – die Asozialen unserer Zeit – seit Jahren zum Verzicht gezwungen werden.

Nur wenn die Haupttriebfeder der Umweltzerstörung wegfällt, kann eine nachhaltige Wirtschaftsordnung Wirklichkeit werden. Solange Umsatz- und Gewinnsteigerung mit überzogenen Renditeerwartungen das tägliche Leben der Wirtschaft bestimmen, wird die Umwelt weiter zerstört. Die etablierten Parteien haben die Renditejagd auch deshalb nicht gebremst, weil sie von der Finanzindustrie gesponsert werden. In den letzten Jahren erhielten die Bundestagsparteien folgende Spenden von Banken und Versicherungen: CDU 5,3 Millionen, FDP 2 Millionen, SPD 1,5 Millionen, CSU eine Million und auch die Grünen – im Wesentlichen von der Allianz – 600 000 Euro. Wir, DIE LINKE, fordern das Verbot von Spenden von großen Betrieben, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsverbänden an politische Parteien. Wir wollen keine gekaufte Demokratie. Wenn die Grünen einmal den Zusammenhang von 25 Prozent Rendite, der Privatisierung der Rentenversicherung und der fortschreitenden Umweltzerstörung erkennen, dann werden sie verstehen, warum eine von der Allianz-Versicherung gesponserte Partei ihre ökologische Glaubwürdigkeit verloren hat. Das muss in der Auseinandersetzung mit denen einmal gesagt werden, liebe Freundinnen und Freunde.

Die ökologische Frage ist die Systemfrage. Eine durch die Beteiligung der Belegschaften an den Unternehmen geprägte Wirtschaftsordnung dient auch der Erhaltung unserer Umwelt. Echte, solidarische, gesellschaftliche Verantwortlichkeit kann der Mensch in seiner Arbeit nur entwickeln, wenn er im Arbeitsprozess nicht entmündigt wird. Produktive Arbeit ist Umformung der Natur zu Gebrauchsgütern. Wer im Arbeitsprozess von jeglicher Verantwortlichkeit enteignet wurde, der wird auch gegenüber dem Gegenstand seiner Arbeit, der Natur, nicht die notwendige Verantwortung empfinden. Daher müssen diejenigen, die für einen verantwortlichen Umgang des Menschen mit der Natur plädieren, dafür eintreten, dass solidarische Verantwortlichkeit im Arbeitsprozess entstehen kann. Es würde nicht viel nützen, wenn es hin und wieder gelänge, ein Atomkraftwerk stillzulegen oder eine Chemiefabrik zu schließen, und der Mensch in anderen Gebieten genauso unverantwortlich weiterproduzierte, genauso ausbeuterisch mit der Na-

tur umginge wie bisher. Daher ist eben die Belegschaftsbeteiligung, wenn man so will die Möglichkeit, sich verantwortlich auch in den Betrieben zu betätigen, Voraussetzung einer umweltfreundlichen Wirtschaftsordnung. Diesen Zusammenhang müssen wir immer wieder betonen. Und damit niemand meint, ich liefere einem modischen Trend hinterher – diese Sätze, die ich gerade vorgetragen habe, habe ich vor 25 Jahren in einem Buch aufgeschrieben.

Eine grüne Marktwirtschaft braucht eine grüne, das heißt dezentrale Eigentumsordnung. Das gilt besonders in der Energiewirtschaft. Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze, die Rekommunalisierung der Energieversorgung und die Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht durch die Länder. Es ist schon so, das Prinzip der Dezentralität ist ein ökologisches Prinzip. Man kann es durchdeklinieren von der Eigentumsordnung bis zur Zuständigkeit in der öffentlichen Verwaltung. Und hier findet sich die Begründung dafür, warum wir die Rekommunalisierung der Energieversorgung zu einem Markenzeichen der LINKEN machen wollen. Nur bei einer dezentralen Eigentumsstruktur wird es gelingen, regenerative neue Energie auch in die Netze einzuspeisen. Die Monopole wehren sich dagegen, deshalb brauchen wir eine dezentrale grüne Eigentumsordnung. [...]

Ökologische Passagen aus der Rede auf dem Bundestagswahlparteitag der LINKEN in Berlin am 20./21. Juni 2009

Quelle: Disput Juli 2009, S. 13 - 14 (Auszug)

http://die-linke.de/fileadmin/download/disput/2009/disput_juli2009.pdf

Radikales Umdenken ist nötig. Einige Gedanken zu einer ökologisch begründeten Weltsicht

Eva Lehmann

Es genügt nicht, aus den gegenwärtig bekannten Fakten der Umweltgefährdung nun den Schluss zu ziehen, dass die von den Menschen eingesetzte Technik umweltschonender als bisher produziert werden muss und dass alternative Energiequellen gefunden werden müssen - aber ansonsten das Leben der Gesellschaft und die Produktion nach den gleichen Maßstäben wie bisher (Streben nach Profitmaximierung) ablaufen sollte. Damit kann die Umweltproblematik nicht gelöst werden. Denn Streben nach Profitmaximierung und Reduzierung der Umweltbelastung sind in ihrem Wesen entgegengesetzte Bestrebungen. Ein radikales Umdenken ist nötig über die Prämissen und Kriterien gesellschaftlicher Produktion und damit

letztlich über die Lebensentwürfe und -Ziele jedes Einzelnen der menschlichen Gesellschaft.

Die durch die kapitalistische Industriegesellschaft zunehmende Zerstörung der natürlichen Grundlagen der menschlichen Existenz machen deutlich, welches Verhältnis zwischen Mensch und Natur tatsächlich besteht: Der Mensch existiert weder außerhalb der Natur noch ist er ihr Beherrscher, sondern er ist ein Teil der Natur. Und dieses ist er nicht nur als biologisches Wesen, sondern als die Gesamtheit der menschlichen Gesellschaft, die keinen Tag ohne ihre natürlichen Grundlagen existieren könnte. Die Menschheit ist eingebettet in die Natur und lebt von ihr, wenn dies auch in manchen modernen Großstädten und Betrieben kaum spürbar ist.

1. Diese Einsicht verlangt ein radikales Umdenken.

Der Mensch muss sich der Natur bewusst einordnen, und seine kalt-berechnende Einstellung ihr gegenüber muss einer Haltung der Verantwortung und Demut der Natur gegenüber weichen. Das verlangt eine andere Ökonomik, eine andere ökonomische und gesellschaftliche Struktur. Verzicht auf die Herrschaft des Menschen über die Natur - die gar nicht möglich ist - ist verbunden mit dem Verzicht auf die Herrschaft von Menschen über Menschen. Das klingt nach reiner Sprachlogik, liegt aber begründet im Wesen der neuen Ökonomik.

Ökologie wird von Vielen als Gegensatz zur Ökonomie verstanden, bestenfalls als ein Aspekt, der bei ökonomischen Berechnungen heute noch dazukommen muss. Doch eine Ökonomie, die den Bestand des Menschengeschlechts sichern soll, muss zugleich Ökologie sein.

Der zuerst von Haeckel geprägte Begriff „Ökologie“, den er vorerst nur auf die Lebewesen der Natur bezog, erfasst die Beziehungen der Lebewesen untereinander und zu ihrer Umwelt. Durch die Analysen des Club of Rome wurde dieser Begriff auch auf die Beziehungen der menschlichen Gesellschaft zu ihrer natürlichen Umwelt bezogen. Mittel- und Ausgangspunkt dieser Beziehung ist die Art und Weise der Produktion der materiellen Güter zum Lebensunterhalt: Im Produktionsprozess - ganz gleich, auf welcher technischen Entwicklungsstufe - stellt der Mensch eine Beziehung zur Natur her - wie es auch Karl Marx in seinen Frühschriften und im „Kapital“ erläutert hat. Bei Strafe ihres Untergangs ist die Menschheit gezwungen, ein annäherndes ökologisches Gleichgewicht zwischen dem Verbrauch der natürlichen Ressourcen durch die Gesellschaft und der Regenerierung der Natur zu erhalten. Daher sind Ökonomie und Ökologie in Wirklichkeit untrennbar miteinander verbunden.

Daraus ergibt sich, dass hinter der Forderung, dass die gesellschaftliche Produktion die Umwelt nicht zerstören darf, eine knallharte ökonomische

Notwendigkeit steht: Für den Planeten Erde ist es unwichtig, ob die menschliche Gesellschaft existiert oder nicht. Aber wenn die Menschheit beschlossen hat, als Gattung weiterzubestehen, dann ist eine geänderte Ökonomik, eine ökologische Ökonomie, notwendig. Das bedeutet: Die Produktion von Mitteln des Lebensunterhalts der Menschen aus und mit den Mitteln der Natur unterliegt ökonomischen und ökologischen Gesetzen gleichermaßen.

2. Andere Gesetze als die der Profitmaximierung

Profitorientierte Produktion bezieht die Zerstörung der natürlichen Ressourcen nicht in ihr Kalkül mit ein, sondern tut so, als würden die Rohstoffe unbegrenzt existieren und als würden die Abfallprodukte der menschlichen Produktion nicht die Natur zerstören. Ökologische Ökonomie dagegen bezieht diese in ihre Kalkulation mit ein. Damit erhält die ökologische Produktion eine andere Triebkraft: die Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller Menschen des Planeten.

Diese Maxime orientiert sich nicht primär am Tauschwert der Ware, sondern an ihrem Gebrauchswert. Damit möchte ich erklären, dass ökologische Ökonomie nach meiner Meinung auf der Warenproduktion beruht. Doch Warenproduktion ist nicht gleich kapitalistische Warenproduktion. Sondern Warenproduktion gab es schon in der Antike; sie ist wahrscheinlich zusammen mit dem Handel entstanden, und diesen gab es schon in den sogenannten vorgeschichtlichen Gesellschaften.

Das Wesen der Ware hat Karl Marx in seiner Analyse des Doppelcharakters der Ware (Gebrauchswert und Tauschwert) überzeugend dargelegt. Der Gebrauchswert einer Ware war und ist beim Warentausch die Voraussetzung dafür, dass überhaupt beim Tauschpartner ein Interesse an der betreffenden Ware besteht - dass er sie gebrauchen kann für seine persönlichen Bedürfnisse.

In der heutigen kapitalistischen Warenproduktion ist der Gebrauchswert der Ware so weit in den Hintergrund gedrängt worden, dass den Menschen, die nur noch als Konsumenten gelten, oft Waren angedreht werden, die sie eigentlich gar nicht brauchen (über psychologisch raffinierte Werbung). Andererseits wird ihnen vieles vorenthalten, das sie zur Befriedigung ihrer sozialen, geistigen, kulturellen und kommunikativen Bedürfnisse dringend benötigen, wie: ihren Fähigkeiten entsprechende gesellschaftlich nützliche Arbeit, gesundheitliche, soziale und sportliche Einrichtungen, bezahlbare Kulturveranstaltungen, wirklich freie Informations- und Bildungseinrichtungen, Organisationsformen zur Aktivierung der Zivilgesellschaft.

Wenn die Warenproduktion nicht mehr der Profitmaximierung unterliegt, wird der

Gebrauchswert der Ware wieder seine ursprüngliche Stellung und Funktion erhalten.

Der Tauschwert einer Ware ist trotzdem weiterhin wichtig zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit von Produktion und Handel. Doch dabei geht neben dem Wert der Maschinen und der Arbeitskraft auch der Wert der Naturvernutzung, der Kosten für ihre Wiederherstellung und der Entsorgung der Produktionsabfälle in die Bilanz mit ein. Daher ist eine wirklich effektive Wirtschaft die Kreislaufwirtschaft.

Als Triebkraft der Produktion in der ökologischen Ökonomie müssten daher Tauschwert und Gebrauchswert eine gleichberechtigte Funktion haben.

3. Eine neue Lebenseinstellung

Die neue Wirtschafts- und Lebensweise könnte man eine sozial-ökologische Gemeinschaft von Menschen nennen. Als geistige Voraussetzung, als Motivation des Handelns verlangt sie eine andere Weltsicht.

Jede neue Gesellschaftsordnung schickt ihre geistigen Boten voraus. Alle bisherigen Wirtschaftsarten, die sich auf die Ausbeutung der Natur gründeten, konnten sich auf die Bibel berufen: Siehe 1. Buch Mose, Kapitel 1, 26: „Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei, die da herrschen über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel im Meer und über das Vieh und über die ganze Erde und über alles Gewürm, das auf Erden kriecht.“ (Die Bibel, Altes Testament, Übersetzung von Martin Luther).

Wenn auch das Leben in den industriell hochentwickelten Ländern weitgehend säkularisiert ist und nur noch wenige Menschen nach den Worten der Bibel leben, so hat sich doch diese Auffassung durch jahrtausendelange Denkgewohnheit so im Unterbewusstsein der Menschen eingemistet, dass auch heute noch viele unbewusst von der Haltung ausgehen, dass die Natur als Lebensmittel für die Menschen da zu sein hat.

Der Soziologe Max Weber hat nachgewiesen, dass als geistige Wegbereiterin der kapitalistischen Produktionsweise eine spezifische Art der Bibelauslegung fungierte: der Calvinismus. Er wirkte besonders in den protestantisch-puritanisch geprägten Gesellschaften, wie sie u. a. in England, den Niederlanden und später in den USA existierten.

Der evangelische Theologe Johannes Calvin entwickelte im 16. Jahrhundert die Lehre, nach der das Schicksal jedes einzelnen Menschen von Gott vorherbestimmt sei. Danach hatte alles, was real geschah, seinen Sinn in der „Unergründlichkeit Gottes“, und man musste es hinnehmen. Die armen Bauern und Landarbeiter, die damals in die großen Städte in die Manufakturen zogen, um dort in einem anderen, aber ebenso großen Elend zu

landen, mussten sich so in „Gottes Ratschlag“ fügen, und die Manufakturbesitzer konnten sich mit gutem Gewissen auf ihrem wachsenden Reichtum ausruhen, denn sie waren die „Besseren“ nach Gottes Ratschluss. Diese Haltung hat sich über die Jahrhunderte auch in den säkularisierten Ländern durchgesetzt. In den Medien des Establishments der heutigen kapitalistischen Industriegesellschaften wird mehr oder weniger deutlich die Gesellschaft in die Gruppe der Reichen, Mächtigen und damit auch „Besseren, Intelligenteren und Schöneren“ und andererseits in die - wesentlich größere - Gruppe der Armen, Ohnmächtigen und damit auch „Schlechteren, Dümmeren und Hässlicheren“ geteilt dargestellt.

Die neue sozial-ökologische Gemeinschaft von Menschen braucht ebenfalls eine spezifische geistige Antriebskraft, ein neues Bewusstsein. Doch dieses neue Denken ist dem Denken jener Gesellschaften, die auf dem kaltblütigen Ausbeuten der Natur und der Menschen beruhen, entgegengesetzt: Der Mensch ist Teil der Natur und muss sich ihr einfügen, auch wenn er seine Technik noch so hoch entwickelt hat. Und die Menschen sind auch nicht durch eine göttliche Vorsehung in Herrschende und Unterdrückte, in Reiche und Arme gespalten, sondern sie sind von Natur aus gleich an Würde und haben in jeder Hinsicht die gleichen Rechte. Dieser Grundsatz wurde nach dem 2. Weltkrieg als Schlussfolgerung aus den rassistisch begründeten Massenmorden der Nazis von der UNO in den allgemeinen Menschenrechten formuliert. Er findet sich auch in verschiedener Form in den Verfassungen der meisten demokratischen Staaten wieder - jedoch wurde er bis jetzt meist nur in der formalen Rechtsprechung und im Wahlrecht realisiert, nicht in der Produktion und Verteilung der Güter und nicht in der gesellschaftlichen Lebensweise.

4. Zusammenfassung

Man könnte die Grundprinzipien der neuen Weltanschauung für eine sozial-ökologische Gemeinschaft von Menschen so benennen:

Die Menschheit kann nur überleben, wenn sie ein neues Verhältnis zur Natur und der Menschen zueinander entwickelt. Dieses ist dadurch bestimmt, dass der Mensch sich als Teil der Natur sieht und sein Verhalten ihr gegenüber durch Achtung und Demut geprägt ist. Und der Mensch begreift sich in der Gesellschaft als Gleicher unter Gleichen, sein Verhalten den anderen gegenüber ist durch Achtung und Verantwortung bis hin zur Solidarität geprägt.

Diese Weltsicht ist der überlieferten Weltsicht völlig entgegengesetzt. Nicht Konsum in immer größerem Ausmaß und individuelle Isolierung wären Ziel und Inhalt des Lebens, sondern Freude am gemeinsamen Schaffen für den Nutzen der Gemeinschaft und das Anstreben einer relativen Harmonie mit der Natur. Diese hat nichts zu tun mit

einer romantisch verklärten Sicht auf die Natur, sie ist eher das Gegenteil davon. Die romantische Natursicht beruht auf einer Entfremdung des Menschen von der Natur und einer passiven Haltung. Das neue Verhältnis zur Natur dagegen beruht auf einem partnerschaftlichen und aktiven Verhältnis von Mensch und Natur. Der viel strapazierte und mehrdeutig auslegbare Begriff der „Selbstverwirklichung“ bekommt hier seinen eigentlichen Sinn: Ausprägung der eigenen Persönlichkeit, der besten Eigenschaften und Fähigkeiten des Einzelnen im Schaffen für das Wohlergehen anderer - in dieser Dialektik läge die Erfüllung des Daseins jedes einzelnen Menschen.

5. Bei der Entwicklung dieses „neuen Denkens“ beginnen wir nicht bei Null.

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts und im ganzen 20. Jahrhundert wurde schon viel geistige Vorarbeit geleistet: Beginnend mit den Theorien zur Befreiung der Arbeiterklasse von Unterdrückung und Ausbeutung, über die Schlussfolgerungen aus dem 2. Weltkrieg für die Anforderungen an die Menschenrechte, über die Erkenntnisse zur gesamten ökologischen Problematik, über verschiedene Strömungen innerhalb des Christentums und andere religiöse Bewegungen, philosophische Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen der modernen Naturwissenschaften und die Erfahrungen sozialer Bewegungen bis hin zu den Versuchen, in der Realität alternative Wirtschafts- und Lebensweisen auszuprobieren - in vielen Regionen der Welt sind geistige und praktische Ansätze vorhanden, in denen die Menschen beginnen, sich auf eine neue Lebens- und Wirtschaftsweise einzustellen. Es sind nur Ansätze, keinesfalls hat diese geistige und praktische soziale Bewegung die Mehrheit der Menschen ergriffen. Auch in Deutschland, dem „Land der vorbildlichen Mülltrennung“, ist sich die Mehrheit nicht dessen bewusst, dass ein radikales Umdenken nötig ist.

Doch eine sozial-ökologische Gemeinschaft von Menschen kann nicht durch einen Regierungssturz, einen Staatsstreich oder durch rein technisch-ökonomische Strukturveränderungen entstehen, sondern nur durch breite sozial-ökologische Bewegungen, die verbunden sind mit einem Prozess tiefer Bewusstseinsänderung.

Daher ist für die Linke eine Strategie und Taktik der Verbreitung von Erkenntnissen und Verhaltensweisen nötig, die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und mit solchen Aktivitäten, die auf regionaler Basis Veränderungen in Richtung ökologisch bewusster Produktions- und Lebensweisen versuchen. Auch sind neue Möglichkeiten zu finden, auf die Erziehung der Kinder und Jugendlichen in dieser Richtung Einfluss zu nehmen. Denn theoretische Vermittlungen allein genügen nicht; neue Bewusstseins- und Verhaltensweisen können sich

nachhaltig nur in der Praxis entwickeln, in der Auseinandersetzung mit der Systemkrise in allen Bereichen.

Ökologische Zivilisationskritik in der Sachliteratur und politische Konsequenzen

Marko Ferst

Die LINKE muss von der Kommune bis zum Bund ihre ökologische Politik profilieren und praktisch umsetzen. Daran wird sie auch gemessen werden. Allein eine geschliffene Programmatik bei Wahlprogrammen reicht dafür nicht aus. Sehr zu empfehlen ist die neue Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, wie schon in der Tarantel Nr. 44 vorgestellt. Interessant zu lesen, wie sie dort eine ökologische Sozialpolitik anregen. Schwachpunkt ist, dass sie sich zu wenig Gedanken machen, was eigentlich passiert, wenn wir auf schwere ökonomische und ökologische Krisen zusteuern. Dann werden die gesellschaftlichen Prioritäten ganz neu buchstabiert werden. Derzeit sieht es ganz so aus, dass die Menschheit so ziemlich alles verkehrt macht, was man verkehrt machen kann. Die Herausforderung einer Klimakatastrophe wird zwar nicht ignoriert, aber doch für so leicht lösbar gehalten, dass man die Ressourcen nicht mobilisiert, die für eine völlige Umgestaltung der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse erforderlich wären. Ursache und Wirkung ökologischer Destabilisierung liegen meist etliche Jahrzehnte auseinander, und es scheint so, als ob uns diese Zeitfalle zum Verhängnis wird. Ab einem bestimmten Punkt kann man der vielen nichtlinearen Kippunkte nicht mehr Herr werden. Das Klima wird sich nicht mehr langsam wandeln, sondern verheerende Kapriolen schlagen. Ein Blick in die Klimageschichte könnte sehr schnell aufklären, dass dies das Ende der heutigen Zivilisation sein wird, denn es geht da nicht nur um diverse vermehrte Unwetter, sondern völlig andere unberechenbare Klimasysteme.

Insofern ist es wichtig, sich nicht ausschließlich über die realpolitischen Möglichkeiten zu qualifizieren, sondern auch deren Grenzen zu kennen und darüber nachzudenken, wie man den Spielraum der Politik in dieser Sache ausweiten kann. Denn eines muss man klar sagen, die Politik ist heute eher Teil des Problems als Teil der Lösung im Kontext der ökologischen Weltkrise. Ich unterstütze Götz Brandts Auffassung, dass man den Band „Gaias Rache. Warum sich die Erde wehrt“ von James Lovelock lesen sollte. Vor allen Dingen betrachtet er die Dinge aus einer evolutionsgeschichtlichen Sicht, was doch recht einmalig ist. Auch Punkte wie die globale

Verdunkelung sind äußerst brisant, werden in der BBC-Dokumentation „Schwarze Sonne“ vertieft angesprochen. Wehe dem, da ist etwas dran, vor allen Dingen an der Temperaturspanne, die da diskutiert wird. Selbstverständlich hat Björn Schering recht, Lovelocks Aussagen zur Atomenergie sind eine tolle Eiselei und die Gedanken zu Dioxin u. a. sind auch nicht besser. Sehr lesenswert ist von Jared Diamond der Band „Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen“. Er zeigt an zahlreichen historischen Beispielen, warum frühere Gesellschaften untergegangen sind bzw. in kulturellem Rückfall niedergingen und wie weit daran ökologische Existenzbedingungen beteiligt waren. Alle seine Argumentationslinien sind darauf abgestellt zu zeigen, wie unintelligent unsere Reaktionsweisen bei der heutigen drohenden ökologischen Selbstausslöschung sind und welche Aspekte für einen Wandel zu bedenken wären. Aus dem Buch kann man viel lernen. Die aktuelle Lage etwa stellt dann Tim Flannery in „Wir Wettermacher“ viel besser dar, Bücher von Rahmstorf und Latif sind ähnlich interessant. Indirekt widmet sich dem zivilisatorischen Untergang auch der Band „Die Welt ohne uns. Reise über eine unbevölkerte Erde“ von Alan Weisman, der zu 60 - 70 % ökologische Themen aus dieser ungewöhnlichen Perspektive betrachtet.

Nach wie vor eine Herausforderung ist von Rudolf Bahro der Band „Logik der Rettung“. Unter dem Blickwinkel, dass uns ein Zusammenbruch der Zivilisation immer wahrscheinlicher droht, kann man einige Passagen heute auch aus einem anderen Denkhorizont lesen. Wenn die Industriegesellschaften wegbrechen, weil der notwendige Wandel ausgeblieben ist, dann wird kaum eine andere Wahl bleiben, als dass sich die Menschen in kleineren und größeren kommunalen Gemeinschaften organisieren und von daher ihre Ökonomie bestimmen. Einige Vorschläge, die 1987 noch ziemlich weltfremd erscheinen konnten, bekommen eine völlig andere Dimension, betrachtet man sie mit einer anderen historischen Folie im Hintergrund. Ich würde davor warnen, daran allzu statisch heranzugehen und zu glauben, man müsse solche Konzeptionen nicht weiter entwickeln.

„Himmelfahrt ins Nichts“ von Herbert Gruhl, da hatte ich einst in einer Rezension 1994 kritisiert, dass er sich als Konservativer über eine Vision, wie ökologische Gesellschaft aussehen sollte, keine Gedanken gemacht hat. Das stimmt natürlich nach wie vor, nur sehe ich auch, er könnte gegen mich recht behalten, was die tatsächlich eintretende Perspektive betrifft. Er ist übrigens auch der erste bekannte Politiker, der der Wachstumsideologie grundsätzlich die Gefolgschaft gekündigt hat in Deutschland. Das in den siebziger Jahren zu riskieren, dafür hat er meinen Respekt.

Wenn ich das hier ein wenig locker illustriere, dann geht es mir darum, dass möglichst viele darüber nachdenken, wie man mit so einer existenziellen

zivilisatorischen Gefahrenlage umgehen kann, denn man muss sich ja überlegen, was an Konsequenzen zu bedenken ist, wenn man sich seinem Schicksal nicht einfach nur ergeben will. Da ist es auch sinnvoll, sich noch mal alte Ökoutopien anzusehen und wie diese eigentlich weiterentwickelt werden könnten. Als da wären „Ökotopia“ von Ernest Callenbach oder der „Morgen“ von Robert Havemann, die beide zu den intelligentesten Ideengebern in der Sache gehören. Die Ökologische Plattform wird dazu beitragen Havemanns Zukunftsbuch erneut zu verlegen, so dass es hoffentlich rechtzeitig zum 100. Geburtstag des Ökosozialisten 2010 in neuer Auflage erhältlich ist.

Man kann sich sicher darüber streiten, ob man bis 2030 100 % erneuerbare Energien im Strombereich und bis 2040 alle Energie erneuerbar gewinnen will, wie dies die Grünen im aktuellen Europawahlprogramm fordern und wie ich dies in Hamburg auf der Klima- und Energiekonferenz der LINKEN 2007 formuliert habe. Die eigentliche Frage dahinter ist, wie viel Energieeffizienz, wie viel Einsparung an Energie möglich ist, wie viel ressourcenleichter Lebensstil. Wenn ich nur noch die Hälfte oder ein Drittel an Energie verbrauche, werden diese Umstellungen ganz erheblich leichter. Al Gore fordert in einem Beitrag (siehe Nachdruck in Tarantel Nr. 42) in zehn Jahren für die USA 100 % erneuerbare Energien. Nun sind die Amerikaner ein ganz besonders schwerer Fall dafür, wie man Energieintelligenz maximal verfehlt, der Ausstoß an CO₂ wurde gegenüber 1990 um 20 % gesteigert, während Deutschland um rund 23 % gesenkt hat. Der Ausstoß pro Person liegt ca. doppelt so hoch wie bei uns. Aber auch in Deutschland ist die Tonnenideologie hoch im Kurs. Statt wie in Japan 40 t an Stoffströmen (ohne Wasser) werden hierzulande 70 t pro Person und Jahr umgesetzt. Das ist eng verknüpft mit entsprechenden Energieleistungen. An diesem Zustand muss die deutsche Politik ganz gravierend etwas ändern. Das wird nur durch einen ökologischen Umbau des gesamten Steuersystems gelingen als einem Kernelement. Der Emissionshandel ist durch seine Strukturprobleme dafür das falsche Instrument und überdies sozialpolitisch höchst ungerecht.

Natürlich hat Gore recht, dass man das in 10 Jahren machen müsste oder wenigstens in 20 Jahren. Jeder weiß, wie schwerfällig die heutigen Wirtschaftsstrukturen sind, wenngleich das eigentliche Problem die eingefahrenen menschlichen Denkmuster sind, ohne hier den technisch bedingten Beharrungsgrad der megamaschinellen Infrastruktur ausblenden zu wollen - mit den finanzpolitischen Bedingungen im Nacken. Was sich immer klarer abzeichnet ist, dass die Veränderungen im Klimasystem sich deutlich schneller vollziehen werden als in der Vergangenheit von der Wissenschaft vorhergesagt. Speziell in der Arktis als Vorwarnregion vollziehen sich bereits jetzt Veränderungen, die eigentlich erst

in einigen Jahrzehnten eintreten sollten. Wir müssen uns sehr gründlich damit auseinandersetzen, was dort abläuft.

Ich beschäftige mich seit 1990 mit dem Klimathema, dem Ozonfraß und anderen Störungen der globalen ökologischen Systeme. Für meine Bücher und Artikel sammelte ich seit 1992 alles, was ich an Beiträgen finden konnte, zwischenzeitlich mehrere dicke Ordner. Alles was an neuer interessanter Literatur in deutscher Sprache dazu publiziert wurde, hatte gute Chancen, gelesen in mein Bücherregal zu gelangen - nicht unter 50 Büchern und Broschüren, würde ich schätzen. Das was ich jetzt an Veränderung in der Debatte erkenne, bringt mich richtig ins Schwitzen. Ich sehe natürlich, wie die Problemstrukturen sich ergänzen und verstärken und wo man einfach zu wenig weiß, um kombinierte nichtlineare Entwicklungen vorhersagen zu können. Meine Einschätzung, dass wir kaum noch eine realistische Chance haben, ist vor allen Dingen aus diesem Fundus gespeist, ideologisch vorgefasste Weltbilder haben mich seit jeher weniger beeindruckt. Dieses Wissen macht mich natürlich absolut unversöhnlich gegenüber Leuten, die politisch bremsen und verwässern. Es steht einfach die komplette Zivilisation auf dem Spiel, und ich teile Lovelocks Einschätzung, dass nur versprengte Reste der Menschheit an den Rändern der nördlichen Kontinente arktiswärts vielleicht überleben werden, alle anderen werden es eher nicht schaffen. Überall wo keine Landwirtschaft mehr möglich ist, kann man sich ausrechnen, was passiert. In meinem Band „Republik der Falschspieler“ im Zivilisations-Poem habe ich die einzelnen Aspekte dieses planetaren Umbruchs beschrieben, in manchem auch für mich überraschend, weitergehend als Lovelock, von dem ich damals nur einen Presseartikel kannte. Meine Bitte ist, macht nicht den gleichen Fehler wie ich, ich habe etliche Jahre gebraucht, bevor ich das, was ich hier so dezent aufschreibe, selbst akzeptieren konnte, auf einer Ebene, die über eine bloß theoretische Annahme hinausgeht, die dichter an der Lebenswirklichkeit ist.

Marko Ferst ist Mitglied im Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN.

VERKEHR

Thesen zur Verkehrspolitik

LAG Umwelt DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

Verkehr verbraucht erhebliche Mengen an Energie und Landschaft. Er ist einer der wichtigsten Verursacher von Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Klimawandel und gesundheitlichen Belastungen vor allem in Städten. Der Flächenverbrauch und die damit verbundenen ökologischen Folgen (z. B. Rückgang der Flächen zur land- und forstwirtschaftlichen Produktion, Entzug von Lebensraum wildlebender Tier- und Pflanzenarten, Unterbrechung von Wanderkorridoren) werden neben der Siedlungsinanspruchnahme vor allem durch Bau und Unterhaltung von Verkehrsinfrastruktur hervorgerufen. Jede neue Straße versiegelt Fläche, welche damit anderen Nutzungen nicht mehr zur Verfügung steht. Insgesamt gehen täglich immer noch 120 - 130 Hektar Bodenfläche in Deutschland verloren.

Neben den ökologischen Auswirkungen des Verkehrs muss die soziale Komponente von Mobilität betrachtet werden. Immer mehr Menschen sind auf Grund eines unzureichenden Angebots von öffentlichem Verkehr oder persönlichen bzw. finanziellen Benachteiligungen von Mobilität ausgeschlossen. Das bedeutet gleichzeitig einen Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe wie Kultur, Bildung, Sport, Erwerbsarbeit oder sonstigen Aktivitäten.

Für die LAG Umwelt bedeutet der Anspruch an eine zukunftsfähige Verkehrspolitik für Brandenburg, ökologische und soziale Belange gleichzeitig zu denken und entsprechend zu handeln. Wir wollen eine Verkehrswende für Brandenburg, die eine umweltgerechte Mobilität für alle sichert. Diese muss folgende Aspekte berücksichtigen:

1. Die Vermeidung von Verkehr hat oberste Priorität. Das schließt vor allem städtebauliche Aspekte (Arbeiten, Leben und Wohnen in der Nähe) mit ein. Wirtschaftliche Ansiedlungen sind so zu gestalten, dass unnötige Transporte reduziert werden können.
2. Benötigte Transporte sollen möglichst ressourcen- und energiesparend durchgeführt werden. Das bezieht sich bei Gütertransporten vor allem auf Bahn und Schiff, welche dem LKW-Transport vorzuziehen sind.
3. Der Mobilitätsbedarf von Menschen gehört zum Grundbedarf und muss zunehmend über öffentliche und abnehmend über individuelle Angebote gesichert werden. Dazu ist ein konsequenter Ausbau von SPNV und ÖPNV nötig. Diese sind barrierefrei, kurzgetaktet, aufeinander abgestimmt, flächendeckend und so günstig wie möglich zu gestalten. Für finanziell

schlechter gestellte Menschen müssen sinnvolle gestaltete kostengünstige Angebote (wie zum Beispiel ein Mobilitäts- oder Sozialticket, Sozial-Bahncard) angeboten werden. Die Kürzung der Regionalisierungsmittel muss rückgängig gemacht werden.

4. Fernreisen sind durch eine attraktive Bahnpreispolitik auf der Schiene und nicht mit dem Flugzeug wahrzunehmen. Dazu können ein Fernverkehrsgesetz und eine reduzierte Mehrwertsteuer von 7 % auf Verkehrstarife außer für den Luftverkehr beitragen. Luftverkehr als besonders klimaschädigende Verkehrsart sollte keinerlei staatliche Unterstützung erhalten. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin ist nicht mehr zeitgemäß. Eine EU-weite Kerosinbesteuerung sowie eine Flugticketabgabe sind anzustreben. Den Neu- und Ausbau von sogenannten Regionalflyhäfen lehnen wir ab. Der Flugverkehr des BBI Schönefeld ist so zu gestalten, dass Nachtflüge vermieden werden können.
5. Für gering besiedelte ländliche Gebiete, in denen ein attraktives ÖPNV-Angebot nicht mehr oder noch nicht existiert, müssen alternative Angebote wie Anrufbusse oder Sammeltaxis (vor allem für die Abendstunden) entwickelt werden.
6. Die Verkehrsinfrastruktur ist nach ökologischen und volkswirtschaftlichen Kriterien zu gestalten. Der Rückbau des Schienennetzes, insbesondere der Abbau von Anschlussgleisen, muss aufgehoben werden. Die Vergabe von Bahnangeboten sollte daher nicht primär nach den wirtschaftlichsten, sondern vor allem nach den gesamt-gesellschaftlich sinnvollen Kriterien (soziale und ökologische Standards) erfolgen. Die Privatisierung der Bahn lehnen wir ab. Bahnhöfe sind barrierefrei zu gestalten. Das schließt eine personelle Betreuung mit ein, da es viele, vor allem ältere Menschen gibt, welche einen Menschen am Schalter immer noch einem (Bahn-)Automaten vorziehen. Alle Bahnhöfe sind mit einem transparenten Informationssystem auszustatten.
7. Binnenwasserstraßen sind in ihrer Funktionstüchtigkeit zu erhalten. Ihr Ausbau ist weder ökologisch verträglich noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Binnenschifffahrt muss sich an den Potentialen der Flüsse orientieren – nicht umgekehrt. Der Ausbau von Flüssen wie Elbe, Havel und Oder für größere Binnenschiffe würde unweigerlich zur weitgehenden Zerstörung verhältnismäßig intakter Flussökosysteme führen. Wassertourismus und Naherholung müssen naturverträglich sein.
8. Der Erhalt bestehender Straßen hat grundsätzlich Vorrang vor Neubau. Im Einzelfall kann dem Neubau bzw. der Erweiterung zugestimmt werden, wenn dadurch Verkehrsströme gebündelt, Unfallschwerpunkte beseitigt und sensible Bereiche vom Verkehr entlastet werden. Der Neubau von vielbefahrenen Straßen muss dann jedoch unbedingt von arterhaltenden

Maßnahmen wie Grünbrücken und Amphibientunneln begleitet werden. Der Bau von sogenannten Umgehungs- oder Entlastungsstraßen ist kritisch unter den oben genannten Kriterien zu prüfen.

Berlin, den 9. Juni 2009

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Keine Forstpolitik – Schwarz-rosa bringt es nicht!

Kirsten Tackmann

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, „Das Bundeswaldgesetz hat sich grundsätzlich bewährt. Die Inhalte einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung sollen im Gesetz klarer gefasst und Maßnahmen ergriffen werden, um strukturelle Nachteile insbesondere nichtstaatlicher Forstbetriebe zu überwinden.“ Das ist kein Zitat von mir, sondern steht wortwörtlich im Koalitionsvertrag von schwarz-rosa. Vier Jahre hatte die Koalition der großen Ansagen und kleinen Lösungen Zeit gehabt, wenigstens diesen Minimalansprüchen zu entsprechen: die ordnungsgemäße Forstwirtschaft klarer zu fassen, einige Probleme im Bundeswaldgesetz zu klären und die nachhaltige Waldbewirtschaftung zu stärken und auch in der Zukunft zu sichern. Stattdessen wurde 4 verlorene Jahre alles verschoben, blockiert, verwässert und letztendlich dann doch gestoppt. Alle, denen wie uns die einheimischen Wälder und Forsten wichtig sind, sollten nun endgültig erkannt haben: Schwarz-rosa bringt es nicht und gehört abgewählt - nicht nur aber auch wegen einer nicht vorhandenen Forstpolitik. Dabei hat es an Vorschlägen seitens der Branche, der Gesellschaft, den Umweltverbänden und nicht zuletzt allen drei Oppositionsfractionen nicht gemangelt.

DIE LINKE hat den vorliegenden Antrag 16/9075 eingebracht, mit dem wir wenigstens die dringendsten Änderungsvorschläge zum Bundeswaldgesetz unterbreiten und die Bundesregierung auffordern, endlich wenigstens dort aktiv zu werden, wo es weitgehend unstrittige Positionen gibt. Gemeinsam haben die Oppositionsfractionen eine Anhörung zum Bundeswaldgesetz beantragt. Diese hat ganz klar ergeben: Genau an den von unserem Antrag benannten Stellen muss das Bundeswaldgesetz unverzüglich novelliert werden. Doch was ist passiert? Nichts!

DIE LINKE steht für eine naturnahe Waldbewirtschaftung, in welcher sowohl die Nutz-, als auch

die Erholungs- und Schutzfunktionen des Waldes im Einklang stehen. Gerade in den ländlichen Räumen kann durch eine nachhaltige Waldwirtschaft Leben und Arbeit sowohl in der Forstwirtschaft, als auch in der Säge- und Holzindustrie erhalten werden. Diese Nachhaltigkeit schließt allerdings eine überzogen kurzfristige wirtschaftliche Nutzung aus. Beispielsweise die vollständige energetische Nutzung, also auch von Ästen und Stümpfen nach Starkwindereignissen, anstatt diese dem Nährstoffkreislauf zurück zu geben.

Die Forstwirtschaft ist die historische Mutter der Nachhaltigkeit. Dieses Prinzip darf nicht dem kurzfristigen Gewinnstreben einiger Konzerne oder Waldbesitzer geopfert werden. Da die einzelnen Landeswaldgesetze dafür keinen hinreichenden Schutz bieten - beispielsweise sei hier die uneinheitliche Definition des Begriffes „Kahlschlag“ genannt - muss das Bundeswaldgesetz Mindestregelungen beinhalten, wie eine zukunftsfähige Forstwirtschaft aussehen soll. Dabei geht es nicht um bürokratische Überregulierung, sondern um die Sicherung der gesellschaftlichen Interessen heutiger und morgiger Generationen!

Für DIE LINKE ist der multifunktional genutzte Wald mit an den Standort angepassten Wilddichten das Ziel. Wir benötigen daher nachhaltige Nutzungskonzepte, die sowohl die energetische als auch die stoffliche Nutzung von Holz zusammen denken. So kann der Wald Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten und bleibt in seiner ökologischen, Landschafts- und Erholungsfunktion erhalten. Im Gegensatz zu vielen anderen Erholungs- und Freizeiteinrichtungen können alle Bürgerinnen und Bürger den Wald frei und kostenlos betreten. Das muss auch so bleiben. Dabei können vielfältige Erfahrungen gesammelt und gerade für Kinder wichtige Grundlagen eines sich entwickelnden Umweltbewusstseins gelegt werden. In einem monokulturellen Fichten- oder Kiefernforst ist so etwas allerdings nur sehr schwer möglich und vorstellbar. Deshalb bleibt der Waldumbau ein wichtiges Ziel.

Neben der Erholung ist natürlich auch die Nutzungsfunktion von wesentlicher Bedeutung. Hierbei sieht DIE LINKE vor allem beim Kleinprivatwald noch ungenutzte Möglichkeiten. Dort stehen erhebliche Holz- und damit auch Einkommensvorräte. Dieses Potential sollte erschlossen sowie ökologisch und sozial gewinnbringend ausgeschöpft werden. Hierbei können die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse eine herausragende Rolle spielen, wenn ihre, wie wir in unserem Antrag fordern, Betätigungsmöglichkeiten ausgeweitet und sie damit gestärkt werden.

DIE LINKE wird die Diskussion über eine zukunftsfähige Waldwirtschaft weiter vorantreiben und in der nächsten Legislaturperiode neben der Novelle des Bundeswaldgesetzes auch die Diskussion zur Überarbeitung des Bundesjagdgesetzes wieder beleben. Mit beiden Gesetzesänderungen soll die Grundlage einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung gefestigt und

damit der Branche weiterhin eine Zukunft gegeben werden.

Eine Änderung des Bundesjagdgesetzes müsste sowohl ein „Aufräumen“ bei den bejagbaren Arten als auch eine grundsätzlich auf das Wohl des Waldes und des Wildes ausgerichtete Jagdpolitik beinhalten. Die Forschungsaktivitäten der Agrarressortforschung bei Wildtieren müssten daher deutlich gestärkt werden. Sowohl hinsichtlich eines tiereschutzgerechten, den Standortbedingungen angepassten Populationsmanagements, als auch bezogen auf ihre Rolle als Reservoir und Überträger von Infektionskrankheiten und ihre Wirkung auf andere Populationen und Biotope. Im Interesse einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung stimmen wir auch dem Antrag der Grünen zu und bitten um breite Zustimmung zum Antrag der LINKEN.

*Bundestagsrede zu Protokoll vom 02.07.2009
Antrag der Fraktion DIE LINKE „Bundeswaldgesetz ändern - Agroforstsysteme unterstützen, forstwirtschaftliche Vereinigungen stärken und Gentechnik im Wald verbieten“ und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Das Bundeswaldgesetz novellieren und ökologische Mindeststandards für die Waldbewirtschaftung einführen“, Drucksachen 16/9075, 16/9450, 16/12198, TOP 55*

Quelle:
www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1390722909

Kontakt mit Pestiziden erhöht Parkinson-Risiko

Albert Schtschepik, Reinhard Dahm, Wolfram Sondermann

Französische Forscher haben nun den Nachweis erbracht: Es gibt bei Landwirten einen deutlichen und ursächlichen Zusammenhang zwischen der Verwendung bestimmter Pestizide und dem Risiko einer Parkinson-Erkrankung. Landwirte, die Pestizide einsetzen, seien einem doppelt so hohen Risiko ausgesetzt, an Parkinson zu erkranken, wie Berufskollegen, die auf solche chemischen Keulen verzichten. Mit diesem in der Fachzeitschrift *Annals of Neurology* publizierten Ergebnis bestätigt das Team vom Pariser Institut National de la Santé et de la Recherche Médicale (INSERM) Verdachtsmomente, die schon aus früheren epidemiologischen Studien erwachsen waren. In diesen war zwar ein statistischer Zusammenhang zwischen Pestizid-Kontakt und Häufigkeit einer Parkinson-Erkrankung, nicht aber eine zwingende Ursache-Wirkung-Beziehung dargelegt worden.

Die INSERM-Studie hat diese Zweifel nun zerstreut. Alexis Elbaz, Neuroepidemiologe am Institut und Leiter der Studie: „Unsere Arbeit bestätigt,

dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Parkinson-Erkrankung und dem beruflichen Umgang mit Pestiziden. Dass das Risiko ansteigt mit der Zahl der Jahre, die dieser Umgang andauert und auch mit der Menge an Pestiziden, mit der jemand zu tun hatte. Soll heißen: Je mehr man langfristig Pestiziden ausgesetzt war, desto mehr steigt die Gefahr, an Parkinson zu erkranken.“

Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen wurden Insektizide, Herbizide und Fungizide gesondert betrachtet. Als Resultat hält Alexis Elbaz fest: „Bei den von uns untersuchten Männern, die beruflich mit Pestiziden zu tun haben, waren es vor allem Insektizide, speziell aus der Familie der Organochlor-Verbindungen, die das Parkinson-Risiko vergrößern.“

Zur Familie der Organochlor-Verbindungen gehören beispielsweise DDT oder auch Lindan. Deren Einsatz in der Landwirtschaft ist zwar mittlerweile verboten, der von DDT weltweit, der von Lindan zumindest in der nördlichen Hemisphäre. In Deutschland darf Lindan seit Dezember vergangenen Jahres auch nicht mehr zur Bekämpfung von Kopfläusen eingesetzt werden. DDT allerdings spritzen Landwirte in der südlichen Hemisphäre weiterhin auf ihre Felder - illegal. Und bei der Malaria-Bekämpfung setzt auch die Weltgesundheitsbehörde WHO wieder verstärkt auf den Einsatz der Substanz, wodurch gerade landwirtschaftliche Erzeugnisse aus den südlichen Regionen der Erde einem erhöhten Risiko einer Kontaminierung unterliegen. Charakteristisch für beide genannten Insektizide ist dabei eine hohe Halbwertszeit in der Umwelt.

Einen Schwellenwert, ab welcher Menge Pestizide das Parkinson-Risiko ansteigt, konnten die Forscher nicht ermitteln. Dass der Kontakt mit Insektiziden aus der Familie der Organochlor-Verbindungen sich als besonders risikoreich herausgestellt hat, führen die Forscher zum Teil allerdings lediglich auf den weit verbreiteten Einsatz dieser Produkte zurück. Damit schließen sie ausdrücklich nicht aus, dass auch der Kontakt mit anderen Pestizidgruppen das Risiko einer Parkinson-Erkrankung erhöhen könnte. Landwirten, die Pestizide einsetzen, empfehlen die Forscher: Schulungen, Schutzkleidung und bedachten Umgang.

Die Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz meint, der Ratschlag an die Landwirte ist gut und richtig, gewährleistet aber noch keinen Schutz der Verbraucher. Denn Aussagen darüber, wie sich ein Kontakt auswirkt mit geringeren Mengen an Pestiziden, wie sie sich in der Umwelt oder im Essen befinden, können die Forscher den vorliegenden Daten nach eigenen Worten nicht entnehmen. Dazu bestände weiterer Forschungsbedarf. Auch in der weltweiten Lebensmittelproduktion ist die Profitmaximierung zur alles beherrschenden Maxime geworden.

Die Gewinne werden privatisiert, gesundheitliche Risiken aber den Verbrauchern und Versicherten aufgebürdet. Auch die „Billigimporte“ an Produkten aus Landwirtschaft und Weinbau dürfen nicht zum

gesundheitlichen Risiko für uns alle werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf des bundesdeutschen Gesetzgebers, der sich nicht länger hinter den „Gesetzen des internationalen Marktes“ verstecken darf.

Die Autoren sind in der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz aktiv.

Biotechnologie: Wissenslücke, Bildungslücke oder Massenverbildung?

Albert Schtschepik, Reinhard Dahm

Das Gentechnik-Gesetz führe quasi zum Verbot „der Anwendung einer innovativen Technologie in Deutschland, die einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes leisten kann“, heißt es in einem Papier des Branchenverbands BIO Deutschland und der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, das am Dienstag, den 14.07.09 in Berlin veröffentlicht wurde. „Benachteiligende Reglementierungen der Biotechnologie am Standort Deutschland müssen abgebaut werden“, so heißt es in der DPA-Meldung.

Nanu, was hat sich denn da für eine Wissens- oder Bildungslücke, um nicht von einem Abgrund zu sprechen, aufgetan? Am 28. April 2009 hieß es doch in allen Medien: „Ilse Aigner lässt Anbau von Genkartoffeln zu!“ Bei dem Antrag des Chemiekonzerns BASF geht es um Freilandversuche. Das Erbgut der Sorte „Amflora“ ist so verändert, dass aus der Kartoffel Stärke zur Herstellung von Papier und Klebstoffen gewonnen werden kann.

Die Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz - dem Bundesland, in dem auch die BASF ihren Stammsitz hat - erklärt hierzu: Es werden doch wunschgemäß die „Arbeitsplätze gesichert“. Welche Arbeitsplätze meinen denn BIO Deutschland, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die in den USA bei Monsanto?

Weiter heißt es in der DPA-Meldung: „Mit dem Gentechnik-Gesetz wurden im vergangenen Jahr zum Beispiel Abstandsregeln für den Anbau von Genmais eingeführt“, beklagen BIO-Deutschland und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Ja, für Mais, aber was ist mit den von der BASF entwickelten, gentechnisch veränderten Kartoffeln? „Amflora“ sei für Menschen ungenießbar, versichert der Chemiekonzern. Dass es bis heute noch keinen Freilandversuch gegeben hat, bei dem es nicht zu Auskreuzungen mit anderen Kultur- und Wildpflanzen gekommen ist, ist für die BASF kein Hinderungsgrund.

Die Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz sieht diese Entwicklung mit allergrößter Sorge: Ist doch die Pfalz ein großes Kartoffelanbaugebiet und die „Pfälzer Krummbeere“ ein Produkt, dessen Ge-

nießbarkeit durch die Anpflanzung von „Amflora“ gefährdet wird, wenn „Amflora“ sogar laut Herstellerangaben „ungenießbar“ ist.

Versuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen gehören so lange ins hermetisch abgeschottete Gewächshaus, wie keine Langzeitstudien nachgewiesen haben, dass ihr Verzehr keine (generationsübergreifende) Gefahr für Mensch und Tier darstellt. Contergan muss als einmaliges, abschreckendes Beispiel für eine „innovative Technologie“ reichen.

Die Autoren sind in der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz aktiv.

POLITIK

Bundestagswahlprogramm (Auszüge)

Beschluss des Bundestagswahlparteitags der Partei DIE LINKE, 20. und 21. Juni 2009 in Berlin

2.3. Gesellschaft ökologisch umbauen

„Wir gehen mit dieser Welt um, als hätten wir eine zweite im Kofferraum.“ Jane Fonda

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille. So ist ambitionierter Klimaschutz nicht nur wichtig für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt, sondern zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte, verschärft der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft in „Arm und Reich“ führen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssen auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet sein.

Das fossil-atomare Zeitalter beenden

Eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist eine zentrale Investition in ein ökologisches und friedliches 21. Jahrhundert. Im Kampf gegen den Klimawandel müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert und bis Mitte des Jahrhunderts um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen für eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Ressourcenkriegen um Öl und Gas beteiligen. Als Etappenziel fordert die LINKE für 2020: Im Strombereich soll der Anteil

erneuerbarer Energien mindestens die Hälfte, im Wärme- und Kältesektor ein Viertel betragen. Besonders wichtig ist dabei die dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen. Alle Planungsmaßnahmen zu Raumordnung, Stadtentwicklung, Verkehr, Küstenschutz und Landschaftspflege müssen sowohl Aspekte des Klimaschutzes als auch der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich erhöht und im großen Maßstab Energie eingespart wird. Wir brauchen eine ökologisch-technische Effizienzrevolution, eingebettet in alternative Lebensstile. Mittelfristig muss in Deutschland der komplette Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen: Eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ohne Atomkraft und ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kohleverstromung sind möglich. Wir wollen sie konsequent betreiben. Wir lehnen daher die Planung und den Bau neuer Kohlekraftwerke ab – ebenso wie die von der Energiewirtschaft propagierte Scheinlösung der Verpressung von Kohlendioxid in den Untergrund. Der notwendige Wandel in den bisher vom Bergbau geprägten Regionen soll ökologisch und sozial ausgewogen gestaltet werden.

Der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU hat bislang versagt. Er hat zu jährlichen Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen. In Zukunft müssen Kraftwerke und Unternehmen drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten.

Der rotgrüne Atomkonsens von 2000 ist Nonsens, denn die garantierten Restlaufzeiten dienen zuallererst den Profitinteressen der Atomindustrie. Der Betrieb von Atomanlagen birgt jedoch unverantwortlich hohe Risiken; eine sichere Endlagerung von Atommüll für eine Million Jahre und mehr ist nicht zu gewährleisten. Das Fiasko in den Atommülllagern Asse und Morsleben zeigt, wie fahrlässig die bisherige Praxis ist. DIE LINKE fordert darum die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen sowie ein Verbot für den Export von Atomtechnik. Atommülltransporte müssen bis zu einer verlässlichen Lösung der Endlagerung ausgesetzt werden.

Wir wollen die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten, die Energieversorgung weitgehend kommunalisiert, die Energiemonopole müssen schrittweise aufgelöst werden.

Ökologisch umsteuern in Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft

Nicht nur das Erdölzeitalter geht unwiderruflich zu Ende. Auch andere Rohstoffe werden knapp. Die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, müssen daher in den nächsten

Jahrzehnten um den Faktor 10 reduziert werden. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum sollte nachhaltigen Lebensstilen und sozial-ökologischem Wirtschaften weichen.

Der Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, der steigende Klimabelastungen verursacht. DIE LINKE kämpft daher für eine ökologische Verkehrswende. Öffentlicher Verkehr muss massiv ausgebaut, barrierefrei und erheblich preiswerter werden. Mobilität als eine Voraussetzung für Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Langfristig streben wir einen unentgeltlichen Nahverkehr an.

Das Streckennetz der Bahn und das Angebot des Nahverkehrs müssen wieder wachsen. Die Privatisierung der Bahn und von Nahverkehrsunternehmen lehnen wir ab. Mit Hilfe einer aktiven Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung ist eine Strategie der kurzen Wege zu etablieren. Fuß- und Fahrradverkehr müssen erheblich stärker gefördert werden. Der Güterverkehr muss von der Straße auf die Schiene und vorhandene Schifffahrtswege verlagert werden.

Flugverkehr ist das umweltschädlichste aller Fortbewegungsmittel – und gleichzeitig das am meisten subventionierte. Kerosin und Schiffsdiesel/Schweröl sind endlich zu besteuern und die Befreiung des internationalen Flugverkehrs von der Mehrwertsteuer aufzuheben.

Der Treibstoff- bzw. Energieverbrauch aller Verkehrsträger ist stark zu vermindern. Agrosprit ist keine Alternative zu einer grundlegenden Wende in der Verkehrspolitik. Der vermehrte Anbau großflächiger Monokulturen für Agrosprit verschärft den Welthunger und beschleunigt die Abholzung von Tropenwäldern. Die Nutzung von organischen Abfällen und „Energiepflanzen“, um Wärme und Energie zu gewinnen, ist wesentlich effizienter als die Nutzung für Treibstoffe.

DIE LINKE fordert:

- vollständiger Umbau der Energiewirtschaft: erneuerbare Energien bis zur regenerativen Vollversorgung konsequent und schnell vorantreiben; das Erneuerbare-Energien-Gesetz noch wirksamer ausgestalten; Wärme aus erneuerbarer Energie und Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben; Einführung eines Energiesparfonds mit dem Fokus auf Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte; strengere ordnungsrechtliche Standards für den Energieverbrauch von Büro- und Haushaltsgeräten, u. a. ein Verbot sogenannter Stand-by-Schaltungen mit einem Verbrauch von über 1 Watt; „Top-Runner“-Programme für Elektrogeräte, in denen alle drei Jahren das energie- und ressourcensparendste Gerät als gesetzlicher Mindeststandard festgeschrieben wird; energetische Sanierung des Gebäudebestands und Klimaneutralität von Neubauten; bundesrechtliche Vorgaben für eine ökologische Bauleitplanung; die Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad aufgeben; neue Standor-

te, transparent und gerichtlich nachprüfbar, auf Kosten der Atomindustrie suchen; unverzüglich und unumkehrbarer Ausstieg aus der Atomwirtschaft; Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze; Rekommunalisierung zentraler Teile der Energieversorgung; Sozialtarife verbindlich einführen, Versorgung mit Strom und Heizenergie für alle garantieren; Besteuerung der Extraprofite der Energiekonzerne aus dem Emissionshandel; Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht durch die Länder und Schaffung von Verbraucherbeiräten in der Preisaufsicht; Versteigerung statt kostenloser Vergabe von Emissionszertifikaten; Versteigerungserlöse für den Klimaschutz und zur sozialen Abfederung der Energiewende einsetzen; schrittweise schärfere CO₂-Vorgaben für Industrie und Individualverkehr machen; keine Agroenergie-Importe aus dem Nicht-EU-Ausland und Fokus bei der Biomassenutzung auf der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme;

- ökologischer Umbau der Wirtschaft: Produktionsprozesse und Produkte nachhaltig gestalten; regionale Wirtschaftskreisläufe vorrangig fördern; Abbau von umweltschädlichen Subventionen und Steuerbefreiungen; Wirtschafts- und Forschungsförderung sozial- und umweltgerecht ausrichten; strenge Kriterien bei der Zulassung und Registrierung von chemischen Stoffen; Ablehnung der Abfallverbrennung als Regelverfahren, stattdessen Vorrang für alternative Verfahren wie die mechanisch-biologische Abfallbehandlung; Standards für existierende Verbrennungsanlagen unverzüglich auf den Stand der Technik und Wissenschaft anheben; Verbot des grenzüberschreitenden Exports von Abfällen;
- umweltgerechte und barrierefreie Mobilität für alle: massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs; dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene auf mindestens 2,5 Mrd. Euro pro Jahr; Regionalisierungsmittel erhöhen; Personenfernverkehr auf der Schiene durch ein Fernverkehrs-Gesetz sichern und ausweiten; Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent senken; flächendeckende Einführung von Sozialtickets und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte; Fahrradmitnahme in ICE-Zügen; Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen; Rücknahme der bürgerfeindlichen Beschleunigungsgesetze für die Verkehrswegeplanung; Reform der Bundesverkehrswegeplanung; keine neuen Autobahnprojekte, keine Privatisierung des Straßennetzes und seiner Pflege; Ausbau der Verkehrssicherheitsstruktur; Verbesserung der Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrer; Einführung von Monster-LKW (Gigaliner) verbieten; Verlängerung der Ende 2009 auslaufenden steuerlichen Förderung des Einbaus von Rußfiltern in PKW; Subventionierung

von Flughäfen beenden; Kerosinsteuer und Flugticketabgabe einführen; Nachtflugverbote durchsetzen; Lärmschutz erhöhen und Belastung mit Feinstaub minimieren;

- Natur bewahren und nachhaltig nutzen: Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten vorantreiben; auf den völkerrechtlich bindenden Schutz der großen verbliebenen Naturräume des Planeten (Arktis, Antarktis, Weltmeere, Regen- und boreale Wälder u. a.) vor weiterer Ausbeutung hinwirken; Stopp der Privatisierung von Naturschutzflächen (Ausnahme: Umwelt- und Naturschutzverbände); Flächenverbrauch drastisch reduzieren – Böden entsiegeln; unzerschnittene verkehrssarme Landschaftsräume erhöhen; Ausweitung der Hochwasser-Rückhalteflächen; Moorschutz ausbauen, umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerrechte für Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt- und Naturschutzverbände; generelles Verbot von Tierversuchen, die nur in besonderen Ausnahmefällen durchgeführt werden dürfen – alternative Testmethoden müssen energischer erforscht werden; Umweltbildung stärken durch kurzfristige Umsetzung der Ziele der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in allen Bildungsbereichen, u. a. durch Finanzierung von Programmen und Projekten.
- nachhaltige Landwirtschaft ausweiten: Anteil des ökologischen Landbaus erhöhen, Spekulation mit Agrarrohstoffen und Boden verhindern; Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln verringern; den Tierschutz bei der Haltung und beim Transport deutlich verbessern; Hormone und Antibiotika gehören nichts ins Futter; keine Patente auf Lebewesen und deren Gene; Preisdumping der Handelsketten zu Lasten der Bäuerinnen und Bauern unterbinden; Agro-Gentechnik verbieten; Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen in Nahrung und Futtermitteln bis zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent verschärfen; gentechnikfreie Regionen und auf sie hinführende Initiativen unterstützen; EU-Subventionen für soziale und ökologische Leistungen der Agrarbetriebe einsetzen und ihre Verteilung transparent machen; naturnahe Waldbewirtschaftung fördern, gleichwertige Lebensbedingungen auch in Dörfern und kleinen Städten sichern.

5.1. Entwicklung braucht Gerechtigkeit

[...]

DIE LINKE fordert:

[...]

- Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten: die Finanzmärkte regulieren, Hedgefonds und spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln unterbinden; den Import von Agrarrohstoffen zur Bio-Sprit-Erzeugung ausschließen, bis die glo-

bale Nahrungsmittelversorgung nachhaltig gesichert ist

[...]

5.2. Globale Lösungen erfordern globale Kooperation

[...]

Das bisherige System des Emissionshandels hat sich als weitgehend unwirksam erwiesen. Emissionsrechte wurden in der Regel verschenkt. Die Vorgaben zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes waren zu schwach. Entwicklungspolitische Steuerung war nicht vorgesehen. Globale Klimapolitik muss von dem Grundsatz der Gleichheit der Menschen ausgehen. Pro Kopf darf dann auf jeden Menschen nur die gleiche Menge CO₂-Ausstoß entfallen, die global auf Dauer klimaverträglich ist. Wer diesen Grundsatz globaler Gleichheit ernst nimmt, erkennt, dass vor allem die industrialisierten Länder schnell und energisch handeln müssen.

[...]

DIE LINKE fordert:

[...]

- eine aktive Rolle der UNO bei der Reform der Weltwirtschaftsordnung akzeptieren: eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht allein den mächtigen Staaten überlassen; die Finanzmärkte strikt regulieren; ein System fester Wechselkurse schaffen; in der Politik der Welthandelsorganisation (WTO) die Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung und des Freihandels überwinden und entwicklungspolitisch sinnvolle Ziele im Rahmen einer ökologisch nachhaltigen und sozial, politisch und wirtschaftlich gerechten Weltwirtschaftspolitik stärken;
- die UNO als globale Instanz bei der Bewältigung lebensnotwendiger Aufgaben wie Schaffung von Ernährungssouveränität, Zugang zu Wasser und Klimawandel stärken;
- die Ausgleichszahlungen für die Folgen des Klimawandels an die Staaten des Südens deutlich erhöhen,
- einen Wandel der Energieversorgung hin zu einer Energiesouveränität der südlichen Länder mittels eines Mixes aus erneuerbaren Energien und einem verstärkten globalen wissens- und Technologietransfer.

Quelle:

http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/LinkePV_LWP_BTW_090703b.pdf

Kündigung der Kreditbürgschaften stoppt vorläufig Ilisu-Staudamm – Wie geht es weiter?

Ercan Ayboga

Am 7. Juli 2009 sind die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz mit ihren Kreditbürgschaften -- diese wurden im März 2007 mit Auflagen genehmigt -- für das Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekt am Tigris ausgestiegen. Damit ist das Ilisu-Projekt erst einmal gestoppt, denn ohne Kreditversicherung dieser Regierungen und den darauf basierenden Krediten europäischer Banken werden die beteiligten europäischen Unternehmen nicht bauen. Zwei Tage später folgten die drei beteiligten europäischen Banken mit ihrem Ausstieg, die deutsche Dekabank, die österreichische Bank Austria und die französische Societe Generale. Dieser Ausstieg und der damit verbundene vorläufige Stopp des Ilisu-Projekts ist das Ergebnis des seit Jahren zunehmenden Widerstands der betroffenen Menschen in Türkisch-Kurdistan und der anderen Anti-Ilisu-Kampagnen in der Türkei und Europa. Um es hervorzuheben: Nicht aus humanitären oder anderen gut gemeinten Gründen haben die drei europäischen Regierungen ihre Kreditversicherungen zurückziehen müssen, sondern weil sie erheblich unter Druck gesetzt wurden. Zwar wurde in der offiziellen Begründung der drei für ihre Regierungen arbeitenden Exportkreditanstalten (ECA) erklärt, dass „die Türkei die vertraglich vereinbarten Auflagen im Bereich der Umwelt, Kulturgüter und Umsiedlung nicht genügend erfüllt habe und daher die Grundlage für eine Fortführung des Projekts mit staatlicher Absicherung nicht mehr gegeben sei“. Zweifellos spielten die Auflagen eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung, womit die Gegner des Ilisu-Projekts sich zurecht intensiv auseinandergesetzt haben. Doch der entscheidende Grund des Ausstiegs -- übrigens einmalig in der Geschichte der europäischen Exportkreditversicherungen -- waren die anhaltenden und sich ausweitenden Proteste und die kritische Haltung der internationalen Öffentlichkeit. In einer gut funktionierenden Zusammenarbeit schafften es die Initiative zur Rettung von Hasankeyf, welche die betroffenen Bewohner repräsentiert, und die Europäische Ilisu-Kampagne, bestehend aus vielen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen in Europa, Menschen zu mobilisieren und immer neue Protestaktionen durchzuführen. Zusätzlich unterstützte die Wirtschaftskrise den Ausstieg. Auch forderte im Juni 2009 die irakische Regierung von den drei europäischen Regierungen die Beendigung der Kreditversicherung als Folge eines Streits zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien über die Nutzung des Euphrats, der wegen ausbleibender Niederschläge relativ wenig Wasser führte.

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie es weitergehen wird, da die türkische Regierung seit Wochen immer wieder erklärt, dass sie das Ilisu-Projekt auf jeden Fall umsetzen will. - Zunächst fühlen sich die Betroffenen und AktivistInnen in der Türkei durch diesen Ausstieg in ihren Aktivitäten gegen den Ilisu-Staudamm und andere zerstörerische Talsperren bestärkt. So agieren sie immer offener und legen die Angst vor Repressionen ab. Denn sie wissen: Mit einer Endgültigkeit wird über die vielen Natur, Mensch und Kultur zerstörenden Projekte in der Türkei entschieden. Somit verlagert sich die Diskussion zunächst auf die Türkei. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die europäischen Unternehmen auch aus dem Projekt aussteigen, was jedoch noch nicht erfolgt ist. Wenn die europäischen Unternehmen bleiben, werden sie kaum eine europäische Bank finden, nachdem zuvor auch die schweizerische UBS und die Züricher Kantonalbank ausgestiegen sind. Ob sie einen Kredit von türkischen Banken erhalten, ist unklar, da eine mögliche Kreditversicherung durch die türkische Regierung -- wenn das gesetzlich möglich ist -- für die Unternehmen nicht sonderlich attraktiv ist. Überhaupt ist es angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr schwierig, Kredite für solche fragwürdigen Projekte zu erhalten. Wenn doch, dann nur mit einem hohen Zinssatz und durch die Abdeckung mit Kreditversicherungen westlicher Regierungen, was ja nun nicht mehr möglich ist.

Seit Jahren benutzt die Türkei das Argument angeblich interessierter chinesischer bzw. indischer Unternehmen als Erpressungsmittel gegenüber den europäischen Regierungen und der Öffentlichkeit. Jedoch laufen noch keine Verhandlungen mit diesen. Wenn solch ein Prozess doch starten sollte, kann das lange dauern und noch mehr Proteste in der türkisch-kurdischen Öffentlichkeit hervorrufen. Denn chinesische Unternehmen sind für besonders niedrige Standards bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten bekannt. Aus strategischen Gründen wird die Türkei es sich dreimal überlegen müssen, ob sie chinesische Firmen ins Boot holen will. Die USA und die EU wären darüber nicht „erfreut“. Es kommt noch hinzu, dass die türkischen Bauunternehmen mit den westlichen Unternehmen im Wassersektor verflochten sind. Nordamerikanische Unternehmen werden sich nach einem Ausstieg von europäischen Unternehmen an solch einem Projekt nicht ihre Finger verbrennen.

Auch dieses Szenario wäre denkbar: Die Enteignungen gehen weiter, und zwar im ganzen betroffenen Gebiet. Die türkischen Unternehmen bauen erst einmal, was sie bauen können. Die schwierigeren Komponenten des Projekts werden in einer Salamtaktik ausgeschrieben und eine Realisierung würde versucht. Hier stellt sich allerdings auch für europäische Unternehmen, selbst bei kleinen Beträgen die Frage nach einer Kreditversicherung.

Oder die ganzen Enteignungen werden durchgesetzt, einige Monumente in Hasankeyf werden versetzt, und erst danach stellt das bisherige Ilisu-Konsortium einen neuen Antrag auf Kreditversicherung.

In diesem Fall würden die europäischen Regierungen nicht mehr über die Umsiedlung und die Kulturgüter Auflagen erstellen, und somit wären die Hürden deutlich niedriger.

Wie immer auch die türkische Regierung vorgeht, der Widerstand in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan wird anwachsen. Wir hoffen, ein solches Niveau des Widerstandes zu erreichen, dass die Umsetzung des Ilisu-Projektes in jedem Fall unmöglich wird. Um dies zu erreichen, ist es von größter Bedeutung, dass die Forderung nach Aufnahme von Hasankeyf und des Tigrisales in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes intensiviert wird. Damit lassen sich breite Kreise mobilisieren, und es wird eine wichtige Perspektive für die Entwicklung der betroffenen Region gezeigt. Ebenso ist es wichtig, dass die Betroffenen noch besser über ihre Rechte informiert werden und Widerstand bei den Umsiedlungsbestrebungen des Staates leisten. Dies ist die Basis für alle weiteren Planungen des Widerstands; wenn die Betroffenen noch aktiver werden, wird das weitere Menschen mobilisieren. Im gleichen Sinne ist ein Bündnis mit anderen staudammkritischen Bewegungen in der Türkei ein Muss. Diese Bewegungen kooperieren seit über einem Jahr zunehmend miteinander. Die Zeit ist geeignet dafür, dass solch ein Bündnis die Öffentlichkeit und die zivilen Organisationen für sich gewinnt und die türkische Regierung in Bedrängnis bringt, was zu einer neuen Wasserpolitik in der Türkei führen kann. Während die bekannten Staudamm-Projekte wie Ilisu, Yusufeli, Allianoi und Munzur ins Stocken gerieten, sind jedoch gleichzeitig in der ganzen Türkei unzählige neue Talsperren- und Wasserkraftprojekte geplant worden. Es stehen noch bis zu 2 000 Projekte und deren Realisierung an. Neben den lokalen und regionalen Auseinandersetzungen brauchen wir auch eine starke türkeiweite und möglichst auch internationale Kampagne.

weitere Informationen:

*Initiative zur Rettung von Hasankeyf
www.hasankeyfgirisimi.com*

UMWELTNACHRICHTEN

Sofortiger Planungsstopp für neue Müllverbrennungsanlagen

Pressemeldung des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), 16.07.2009

Berlin (ots) - Der NABU fordert den sofortigen Planungsstopp für neue Müllverbrennungsanlagen. Sie werden schlicht nicht benötigt, wie der NABU

anhand von neuen, aktuellen Zahlen belegen kann: „Jede weitere geplante Neuanlage wird zum Millio-nengrab“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller: „Denn die Anlagen rechnen sich erst, wenn die Betreiber langfristige Verträge für die Belieferung mit Abfällen abschließen können. Schon jetzt gibt es aber zu wenig Abfallbrennstoff für zu viele Anlagen in Deutschland.“ Dies gelte sowohl für die meist kommunalen Müllverbrennungsanlagen als auch für die überwiegend privaten Ersatzbrennstoffkraftwerke.

Aktuelle Zahlen des NABU belegen: Bis zum Jahr 2011 müssten zusätzliche 2,9 Millionen Tonnen Müll verbrannt werden, um 17 Anlagen mit Brennstoff zu versorgen, die zurzeit gebaut werden. Darüber hinaus werden 16 weitere Müllverbrennungsprojekte mit einer Gesamtkapazität von 2,4 Millionen Tonnen geplant. „Die Investoren müssen sich von der Vorstellung verabschieden, dass genug Restmüll oder Ersatzbrennstoff in ihrer Region anfällt“, so Miller. Der Abfallmarkt sei schon lange bundesweit organisiert. Miller warnte auch davor, durch den Bau neuer Müllverbrennungsanlagen Ressourcen zu vernichten und Schäden für Mensch und Natur in Kauf zu nehmen.

Auch mit dem Bestreben der EU, eine „Rezykling-gesellschaft“ aufzubauen, decken sich die Pläne für neue Verbrennungsanlagen nicht. „Anreize, mehr Wertstoffe ins Rezykling zu lenken, werden so im Keim erstickt“, sagte der NABU-Abfallexperte Benjamin Bongardt: „Die Zeche zahlen oft die Bürger, weil Abfallgebühren erhöht werden müssen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.“ Von einer „Rezyklinggesellschaft“ dagegen würden die Bürger profitieren, da mehr Jobs entstünden. Es sei noch nicht zu spät, die Pläne für erweiterte Müllverbrennungsanlagen und neue Ersatzbrennstoffkraftwerke zu den Akten zu legen. Als Beispiel nennt der NABU das sächsische Leppersdorf. Dort hatte ein Industriebetrieb seine Pläne aufgegeben, nachdem er die Unwirtschaftlichkeit eingesehen hatte. Auch die Bürger hätten mit ihren erfolgreichen Protesten einen Einfluss gehabt, erinnerte Bongardt.

Ausbaupläne für die Müllverbrennung gibt es in ganz Deutschland: Zusätzliche Kapazitäten für die Restmüllverbrennung sind in Bamberg, Frankfurt/Main, Hameln, Herten und Krefeld geplant. Ersatzbrennstoffe sollen in Boxberg/Oberlausitz, Brunsbüttel, Ettringen, Langelsheim, Paderborn, Rheinberg, Schelklingen und Zwickau verfeuert werden. Auch in Osnabrück, Dormagen und Ingelheim werden seit diesem Jahr neue Anlagen geplant.

Das NABU-Expertengutachten sowie eine aktuelle Karte der im Bau befindlichen und geplanten Anlagen gibt es im Internet: www.nabu.de/kreislaufwirtschaft

Kontakt:

*Dr. Benjamin Bongardt, NABU-Abfallexperte,
0172 9235479*

Quelle:

www.presseportal.de/pm/6347/1441585/nabu

Risiken der Agro-Gentechnik untersuchen. Neun-Punkte-Katalog zur ökologischen Sicherheitsforschung

Pressemeldung des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), 20.07.2009

Berlin (ots). - Eine Wende in der biologischen Sicherheitsforschung fordert eine breite Allianz von Verbänden anlässlich des nächsten Runden Tisches von Frau Bundesministerin Schavan. NABU, Deutscher Naturschutzring (DNR), Greenpeace, BUND, der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD (AGU) und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) haben einen 9-Punkte-Katalog [*] mit Forderungen aufgestellt, der heute in Berlin vorgestellt wurde. „Es gibt erhebliche Mängel in der Sicherheitsforschung zu gentechnisch veränderten Organismen“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Eine Grundsatzdebatte darüber stehe seit langer Zeit aus.

Anstatt die drängenden Probleme von Armut, Hunger und fehlgeleiteter Agrarforschung und Agrarpolitik zu diskutieren und ergebnisoffen die besten Lösungen zu finden, würden einseitig große Summen in die gentechnologische Forschung gesteckt. „Zur nachhaltigen Stabilisierung des ökologischen Gefüges, von dem die Landwirtschaft abhängt, trägt diese aber nichts bei“, so Tschimpke. Zudem würden relevante Themen aus der Sicht von Verbrauchern und des Natur- und Umweltschutzes bislang oft ausgeblendet.

„Forschungsfragen zu ökologischen Risiken der Agro-Gentechnik müssen jenseits des eingespielten Gentechnik-Netzwerkes evaluiert und vergeben werden“, fordert NABU-Gentechnikexpertin Dr. Steffi Ober: „Gesundheitliche Effekte gentechnisch veränderter Organismen wie der Maissorte Mon 810 sind bislang noch nicht erforscht. Dies ist aber besonders wichtig für Menschen in Entwicklungsländern, deren Hauptnahrungsmittel Mais ist.“ Die Auswirkungen von Mon 810 auf Wasserökosysteme und geschützte Schmetterlinge seien bislang ebenso wenig untersucht. Auch fehlten Daten zur Auswirkung von Totalherbiziden wie Roundup auf die Landnutzung und Gesundheit.

„Wie teuer kommt es die Volkswirtschaft zu stehen, einseitig nur auf Gentechnik zu setzen, statt in kostengünstigere und nachhaltige Alternativen zu investieren?“, fragt BÖLW-Gentechnikexperte Peter Röhrig: „Wir brauchen eine Forschung, die volkswirtschaftliche und soziale Dimensionen der Agro-Gentechnik untersucht.“ So werde die unabhängige Forschung nach wie vor behindert, da die Industrie einen freien Zugang zu manipuliertem Saatgut verweigere. Forschungsmaterial und Forschungsdesign müssen unabhängig von den Vorgaben des Patentinhabers sein, fordern die Verbände. „Forschung mit öffentlichen Geldern muss sich gegen-

über der Gesellschaft verantworten und darf nicht unter den Zielvorgaben von Monsanto & Co. stehen“, erklärt Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, Vizepräsident des DNR. Die Verbände fordern daher ein Mitspracherecht an der Gestaltung einer Risikoforschung zur Agro-Gentechnik. Erst dann werde diese auch in der Gesellschaft Akzeptanz und Vertrauen finden.

Kontakt: Dr. Steffi Ober 0172 5254198, Peter Röhrig 0160 96459951

Quelle: <http://www.nabu.de/presse/pressemitteilung/en/index.php?popup=true&show=14728%db=presseservice>

Ausgebremst und dann auch noch gecrasht

Marion Morassi, Wolfgang Huste

Das neue Freizeit- und Geschäftszentrum „Nürburgring 2009“ in der Eifel soll an diesem Donnerstag (9. Juli) eröffnet werden. Der rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) ist nun über die geplante Privatfinanzierung des Projekts gestolpert und zurückgetreten. Ausgebremst und dann auch noch gecrasht – die Landesregierung sieht nach dem Desaster bei der Finanzierung des Erlebnisparks Nürburgring nicht gut aus. Der Finanzminister hat die Deubel-Kurve nicht gekriegt und gibt das Steuer ab. Mit ihm sollten auch alle diejenigen gehen, die in die dubiose Finanzierung eingeweiht waren, allen voran Ministerpräsident Beck und der Landrat des Kreises Ahrweiler und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Nürburgring GmbH Jürgen Pföhler.

Die Partei DIE LINKE sah schon immer die Problematik des Projektes. Sowohl in der Finanzierung, als auch in den vermeintlichen Vorteilen für die Region und deren Bevölkerung. Marion Morassi vom Ortsverband DIE LINKE. Bad Neuenahr fragt: „Wird nicht der ländliche Tourismus, der bisher mehr recht als schlecht vom "Ring" leben konnte, dadurch wieder einer weiteren Einnahmequelle beraubt? Verlieren dadurch nicht auch wieder viele ArbeitnehmerInnen aus der Umgebung ihre Stellung? Wurde beim Bau des Projektes auf ökologische Gesichtspunkte geachtet, z. B. Energieversorgung durch Erneuerbare Energien, Anbindung der Objekte mit ÖPNV, Einbindung in die Natur? Oder wurde da nur aus Prestige Gründen und für einige wenige Profiteure ein Projekt mitten in die Natur geklotzt, ohne tatsächlich auf die Folgekosten und Folgeschäden für Mensch, Natur und Umwelt zu achten?“

„Dieses Projekt ist in der Tat ein gigantisches Millonengrab! Wer uns die Suppe eingebrockt hat, muss sie auch wieder auslöffeln!“, resümiert Wolf-

gang Huste vom OV Bad Neuenahr DIE LINKE: „Es kann und darf nicht sein, dass wir BürgerInnen diesen Irrsinn mit unseren Steuergeldern finanzieren! Die Wut ist groß - nicht nur bei uns! Wer solche öffentlichen Gelder in den Sand setzt, gehört abgewählt- und zwar ab sofort, nicht erst bei der nächsten Wahl!“

Kontakt: DIE LINKE. OV Bad Neuenahr, Tel. 0151 51045682

Größte Freiflächen-Fotovoltaikanlage im Kreis Ahrweiler

Wolfgang Huste

Die größte Freiflächen-Fotovoltaikanlage im Kreis Ahrweiler mit circa 2,6 Hektar Fläche an der Zufahrtsstraße zum Industriegebiet Brohtal Ost/A 61 bei Wehr wächst fast täglich. Das Stromerzeugungsprojekt wird von der Firma Sybac-Solar GmbH aus Kehrig gebaut. Monteure sind zurzeit dabei, rund 15 000 Solarmodule zu befestigen und zu vernetzen. Mit einer geplanten Jahresleistung von 1 472 000 Kilowattstunden (kWh) kann die Anlage über 300 Haushalte versorgen. Durch den Bau des Fotovoltaik-Feldes wird in der Verbandsgemeinde Brohtal ein weiterer Beitrag zur Erzeugung von „sauberem“ Strom geleistet.. Die Verbandsgemeinde beteiligt sich seit Jahren an der umweltfreundlichen Energieerzeugung mit Sonnenenergie. Auf verbandsgemeindeeigenen Gebäuden konnten die Dachflächen des Erweiterungsgebäudes der regionalen Schule, des Sportzentrums Brohtal und des Bahnhofs Engeln zur Erzeugung von Solarstrom verpachtet werden.

BÜCHERECKE

Buchempfehlungen

Zusammenstellung von Marko Ferst

**LAG Umwelt Berlin (Hrsg.)
Klima-Tagung. Bericht/Fachbeiträge vom
7.6.2008, LAG Umwelt Berlin**

Die Broschüre dokumentiert die Umweltkonferenz der Berliner Linken. Sie enthält Vorträge von Katrin Lompscher, Harald Wolf und Klaus Lederer. In der ersten Podiumsdiskussion „Sozialverträgliche Ge-

staltung des Klimaschutzes“ kommen Wolfgang Pomrehn, Kirsten Tackmann, Lothar Kramm und Werner Rügemer zu Wort. Zusammenfassende Berichte aus den fünf Foren sind abgedruckt, ebenso die zweite Podiumsdiskussion zu den Kompetenzfeldern „Energie und Umwelt“. Neben der Gesundheits- und Umweltsenatorin messen dort Michael Geißler, Klaus Müschen und Andreas Jarfe ihre Argumente.

2008, 50 S.

Bestellung: platta@linksfraktion-berlin.de
Konferenzthesen unter http://www.ökologische-plattform.de/texte/umweltpolitik_klimaschutz.htm

LV der LINKEN Sachsen, ADELE (LAG für Ökologie)

Umweltkonferenz 2008. Reader

Der erste Beitrag stammt von Kathrin Kagelmann. Sie kritisiert die Kohlefixiertheit auch einiger Linker in der Region und zeigt Beispiele auf, wie es auch anders gehen kann. Katja Kipping verdeutlicht, dass, wer Straßen baut, Verkehr ernten wird. Sie betont, dass die LINKE von der Wachstumsideologie und dem Arbeitsfetischismus wegkommen muss. Interessante Daten zum regionalen Klimawandel hält Wilfried Kuchler bereit. So nahm die Niederschlagsmenge seit 1900 in Sachsen im Sommer um 13,9 % und in Brandenburg um 9,8 % ab. Eva Bulling-Schröter referierte zum Abschluss darüber, wie grün die LINKE sein muss und welche Erfolge und Defizite zu verzeichnen sind.

2008, 38 S.

http://portal.dielinke-in-sachsen.de/dokumente/Reader_Umweltkonferenz.pdf

Sebastian Copeland

Antarktis - Welt Klima Wandel

Der vielfach preisgekrönte Fotograf Sebastian Copeland hat sich an Bord des Eisbrechers Ice Lady Patagonia aufgemacht, die Bedrohung der Antarktis zu dokumentieren. Die Bilder, mit denen er zurückkehrte, zeigen die atemberaubende Schönheit eines bedrohten Paradieses: Majestätische Eisberge, tollpatschige Pinguine, anmutige Robben und glühende Sonnenuntergänge führen uns vor Augen, wie zerbrechlich und schützenswert die Antarktis ist. Wer dazu die Texte von Leonardo di Caprio, Michail Gorbatschow und zahlreichen Fachleuten und Wissenschaftlern liest, erkennt: Es ist Zeit zu handeln, damit die Antarktis eine Überlebenschance hat. Denn von ihrem Schicksal hängt das Schicksal der Erde ab. Verhallen die Warnrufe, die Wissenschaftler von diesem Kontinent aus Eis senden, ungehört, droht das Ende der Welt, wie wir sie kennen.

Collection Rolf Heyne, 2008, 204 S., Bildband mit Text, 49,90 €

LESERMEINUNGEN

Milchquote und Ökologie

Karl-Otto Henseling

Der „Spiegel“ fragt, wie viel man bereit sei für einen Liter Milch zu bezahlen. Als passionierter Radfahrer sehe ich Milch als wichtigen Kraftstoff an. Da ich davon weniger brauche, als Autofahrer Benzin oder Diesel für ihr Fahrzeug, bin ich gerne bereit, für einen Liter Milch soviel zu bezahlen, wie ein Liter Benzin kostet. Dafür erwarte ich, dass die Milch artgerecht und menschenwürdig erzeugt wird. Ich bin auch für eine niedrigere Milchquote. Die "Abwrackprämie" für Kühe wäre endlich ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz - im Gegensatz zu der für Autos. Die Reduzierung des Milchviehbestandes um eine Million Tiere würde - wegen des geringeren Methanausstoßes - etwa 6 Millionen Tonnen eingesparte Kohlendioxidäquivalente bedeuten. Ein relevanter Beitrag!

Unterstützung beim Staudammprojekt entzogen

Hamide Akbayir

Deutschland, Österreich und die Schweiz sind aus dem Wasser-Projekt am Tigris offiziell ausgestiegen. Unsere Kampagnen, Aktionen in Europa und in Hasankeyf vor Ort haben sich gelohnt! Unsere Freude ist groß! An dieser Stelle möchten wir uns bei denjenigen, die ihre Unterstützung gegen dieses Staudammprojekt zugesagt haben, herzlich bedanken und wünschen uns, dass auch die türkische Regierung endlich begreift, dass die Kulturgüter, Umwelt und Existenzgrundlage der Menschen am Tigris geschützt bleiben müssen. Nun haben wir zum ersten Mal die Chance, den Ilisu-Staudambau tatsächlich zu stoppen und die Ruinenstadt Hasankeyf leben zu lassen! Macht mit!

Inhaltsverzeichnis

ENERGIE UND KLIMA	1	Risiken der Agro-Gentechnik untersuchen. Neun-Punkte-Katalog zur ökologischen Sicherheitsforschung <i>Pressemeldung des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), 20.07.2009</i>	30
Atom-Stopp. Konzept zur Stilllegung der 17 Atomkraftwerke in Deutschland innerhalb der 17. Wahlperiode <i>Björn Schering</i>	1	Ausgebremst und dann auch noch gecrasht <i>Marion Morassi, Wolfgang Huste</i>	31
Ausgestrahlt: Der Anti-Atom-Rundbrief <i>Marko Ferst</i>	6	Größte Freiflächen-Fotovoltaikanlage im Kreis Ahrweiler <i>Wolfgang Huste</i>	31
Operation Desert Storm <i>Heiko Balsmeyer</i>	7	BÜCHERECKE	31
Ökokapitalistische Illusionen. Energiewende zwischen infantilen Fantasien und Ernüchterung <i>Bruno Kern</i>	8	Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung von Marko Ferst</i>	31
Der Aralsee verschwindet ins Nichts <i>„Der Standard“, Artikel vom 12.07.2009</i>	13	LESERMEINUNGEN	32
Es geht nicht ohne Verbote. Bis zum Herbst ein besonders weitreichendes Klimaschutzgesetz <i>Interview mit Katrin Lompscher</i>	13	Milchquote und Ökologie <i>Karl-Otto Henseling</i>	32
Energie- und Klimaschutzpolitik nicht als Last, sondern als Baustein für die Zukunft begreifen <i>Marion Morassi, Wolfgang Huste</i>	15	Unterstützung beim Staudammprojekt entzogen <i>Hamide Akbayir</i>	32
GRUNDPOSITIONEN	16	Impressum	
Eine dezentrale grüne Eigentumsordnung <i>Oskar Lafontaine</i>	16	Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin oekoplattform@die-linke.de www.oekologische-plattform.de	
Radikales Umdenken ist nötig. Einige Gedanken zu einer ökologisch begründeten Weltsicht <i>Eva Lehmann</i>	17	Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform	
Ökologische Zivilisationskritik in der Sachliteratur und politische Konsequenzen <i>Marko Ferst</i>	20	Redaktion: zeitschrift-oekoplattform@web.de (ausschließlich für Veröffentlichungen) Redaktionsschluss: 30.09.2009 Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen vom Autor.	
VERKEHR	22	Bestellung/Adressänderung: kontakt-oekoplattform@web.de	
Thesen zur Verkehrspolitik <i>LAG Umwelt DIE LINKE. Landesverband Brandenburg</i>	22	Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000 Konto 4384840000 C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform	
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	23	„Angesichts der ökologischen Katastrophe brauchen wir nicht nur eine Diskussion über einen anderen Lebensstil, sondern auch über sinnvolle, nicht zerstörerische Arbeit. Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrisen müssen gleichzeitig Lösungen für die Umweltkrise sein, müssen Antworten auf die Hungerkatastrophen in der Welt geben und emanzipatorische Perspektiven eröffnen.“	
Keine Forstpolitik – Schwarz-rosa bringt es nicht! <i>Kirsten Tackmann</i>	23	<i>Quelle: Wir können auch anders – es ist an der Zeit! Aufruf des Frauenplenums zur Einmischung, Disput Nr.7/2009 (aus den Materialien des Wahlparteitages der LINKEN in Berlin)</i>	
Kontakt mit Pestiziden erhöht Parkinson-Risiko <i>Albert Schtschepik, Reinhard Dahm, Wolfram Sondermann</i>	24		
Biotechnologie: Wissenslücke, Bildungslücke oder Massenverbildung?! <i>Albert Schtschepik, Reinhard Dahm</i>	25		
POLITIK	25		
Bundestagswahlprogramm (Auszüge) <i>Beschluss des Bundestagswahlparteitages der Partei DIE LINKE, 20. und 21. Juni 2009 in Berlin</i>	25		
Kündigung der Kreditbürgschaften stoppt vorläufig Illisu-Staudamm – Wie geht es weiter? <i>Ercan Ayboga</i>	28		
UMWELTNACHRICHTEN	29		
Sofortiger Planungsstopp für neue Müllverbrennungsanlagen <i>Pressemeldung des Naturschutzbundes (NABU) 16.07.2009d</i>	29		

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei den Adressen bitte an kontakt-oekoplattform@web.de melden.

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Marko Ferst, marko@ferst.de
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

BAG Umwelt,Energie,Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Lutz Heilmann, MdB, Tel.030 22770788, Fax 030 22776788,
lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher der LINKEN, Tel. 030 22772478, Fax 030 22776476,
hans-kurt.hill@bundestag.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der LINKEN, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über info@oekologische-plattform.de

Baden-Württemberg

LAG Ökologische Plattform, Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,
Mail@WolfgangKaemmerer.de

Berlin

LAG Umwelt, Marion Platta, Mda, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515,
platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

LAG Umwelt Brandenburg
Peter Engert (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde,
Tel. 03361 344351
Christian Rehmer (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg, AG Umwelt bei der LINKEN Barnim),
Tel. 03334/387628, Christian.Rehmer@web.de,
www.dielinke-eberswalde.de
Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
csteinmetzer@aol.com

Hamburg

LAG Umwelt
Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, Hajo.Zeller@web.de

Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese, MdL, energie- und umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Lennestr. 1, 19053 Schwerin,
w.griese@dielinke.landtag-mv.de
Birgit Schwebs, MdL, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN, Lennestr.1, 19053 Schwerin,
Tel.038203 63519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform, Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481,
Hpborusso@aol.com (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
LAG Umwelt-Energie-Verkehr
Ulrich Steinmeyer, Am Oxe 5, 27283 Verden,
Tel. 04231 937960, 0179 4727893,
info@ulrichsteinmeyer.de

Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen
www.oepf-nrw.de
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, -
Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler, Angelika Jürgensonn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing,
angelika62de@yahoo.de

Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg,
Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden,
Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel.0345 29418-63, Fax-64

Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624,
dettmergruenefeld@hotmail.com

Thüringen

Ökologische Plattform, Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, agarpolitische Sprecherin der LINKEN, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361 3772604, 0151 11723000, johanna@scheringer.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de
www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf